

Dr. Stephanie Freundner-Hagestedt
Makbule Baskale

Miteinander in Deutschland

*Informationen und Gedanken zur
Integrations- und Flüchtlingspolitik*

@: mehr.integration@gmx.de

Vorwort

Wir brauchen MigrantInnen in Deutschland. Sie sind aus wirtschaftlichen Gründen für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Auch außerhalb der Wirtschaft bereichern sie schon jetzt in vielfältiger Weise unser gesellschaftliches und kulturelles Leben. Sie verfügen zudem über ein großes wirtschaftliches und gesellschaftliches Potenzial. Dieses kann aber nur dann effektiv zum Wohle aller genutzt werden, wenn wir es schaffen, die MigrantInnen zu integrieren. Eine gute Integration ist essenziell, um den Wirtschaftsstandort Deutschland in einer globalisierten Welt zu sichern.

Wir sind der Überzeugung, dass in Deutschland viel intensiver der Weg der Integration beschritten werden muss. Für eine gelungene Integration ist es unverzichtbar, dass verschiedene gesellschaftliche Ebenen koordiniert und gut zusammenarbeiten: Es ist Aufgabe der Politik, die entsprechenden Rahmenbedingungen und Gesetze zu schaffen. Die Verwaltungen und das Bildungswesen müssen diese konsequent anwenden sowie den Grundstein für ein stärkeres Bürgerengagement legen. Jeder Einzelne ist gefragt, sich im Bürgerengagement einzubringen sowie seine eigene Einstellung und Handlungsweise kritisch zu hinterfragen und ggf. zu korrigieren: die Deutschen gegenüber den MigrantInnen und die MigrantInnen gegenüber den Deutschen.

Durch unsere MigrantInnen-Projekte, die wir in Leinfelden-Echterdingen ehrenamtlich durchführen, haben wir hauptsächlich Kontakt zu Frauen mit Migrationshintergrund. Im Laufe der Zeit hat sich Vertrauen zwischen uns aufgebaut. Wir werden bei Schwierigkeiten gefragt oder man erzählt uns besondere Ereignisse aus dem Leben. Mit einigen Frauen haben wir intensive Gespräche über ihre Situation und ihre Wünsche zum Leben in Deutschland geführt. Des Weiteren gibt es einen guten Kontakt zu vielen türkischstämmigen MitbürgerInnen. Auch deren Ansichten und Kritik sind in unsere Zusammenstellung eingeflossen. Die Erlebnisse, die wir selber mit offiziellen Stellen im Zuge der Betreuung von MigrantInnen gemacht haben, spiegeln sich ebenfalls hier wider.

Natürlich handelt es sich bei den Informationen, die die Grundlage für unsere Gedanken waren, um subjektive Momentaufnahmen. Trotzdem gestatten sie einen Blick hinter die Kulissen des Lebens von MigrantInnen, der der deutschen Seite nicht oft gewährt wird. Wahrscheinlich sind viele der Informationen beispielhaft für die allgemeine Situation unserer MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund.

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb beschäftigen wir uns mit diesem Thema aus der Perspektive engagierter BürgerInnen. Sie als LeserIn werden manche unserer Beispiele, Gedankengänge, Fragen und Ideen interessant finden, andere werden sie nachdenklich stimmen. Vielleicht können sie manches überhaupt nicht nachvollziehen, finden es respektlos oder unangemessen. Wie gesagt, unser Blickwinkel ist beschränkt. Aber das gilt für jeden, der sich mit dieser Problematik auseinandersetzt, sei er aus der Verwaltung oder der Politik.

Die Deutschen müssen ehrlicherweise zugeben, dass es in unserem Land Probleme bei der Integration von MigrantInnen und im Umgang mit Flüchtlingen gibt. Die bestehenden Maßnahmen und Gesetze haben sich demzufolge als nicht ausreichend erwiesen. Im Vorhinein lässt sich aber meist nicht genau sagen, ob eine Maßnahme oder ein Gesetz sich in der Praxis als gut und sinnvoll erweist. Zu viele Faktoren beeinflussen das Geschehen. Wichtig ist, die Defizite zu erkennen und der Versuch, sie zu beheben.

Niemand hat ein Patentrezept, wie man Probleme lösen kann, auch wir nicht. Aber Änderungen in der Integrations- und Flüchtlingspolitik müssen JETZT angestoßen werden. Dazu ist es nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig, die vorhandenen Probleme aus ganz unterschiedlichen Blickwinkeln zu sehen und daraus neue Ideen zu entwickeln. Hierzu wollen wir einen Beitrag leisten.

Einen herzlichen Dank an alle, die uns aus ihrem Leben erzählt und mit uns diskutiert haben.

Leinfelden-Echterdingen, Juni 2013

Dr. Stephanie Freundner-Hagedstedt
Makbule Baskale

Inhaltsverzeichnis

Allgemeines zum Thema Integration	5
Standortbestimmung	5
Integration und Assimilation.....	6
Unterschiedliche Blickwinkel auf die Situation.....	8
Parallelgesellschaften	9
Fordern und Fördern.....	11
Das Gefühl, nicht gleichberechtigt zu sein	12
Bedeutung der Kommunikation	13
Was kann man tun	14
Praktische Integrationsprobleme	18
Formulare/Behördengänge/offizielle Informationen.....	18
Deutsche Sprache	19
Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse.....	21
Qualifizierungsmaßnahmen	22
Schule und Ausbildung.....	22
Lösungsansätze für die Sprach- und Bildungsprobleme.....	25
Kommunales Wahlrecht.....	27
Doppelte Staatsbürgerschaft.....	27
Bau von Moscheen	28
Zwangsehen.....	28
Unterstützung für Frauen und Kinder aus streng konservativ-muslimischen Familien	29
Wohnsituation – Durchmischung von Wohngebieten.....	31
Flüchtlinge in Deutschland	33
Bearbeitung von Asylanträgen.....	35
Aufenthalt aus humanitären Gründen.....	35
Situation in der Duldung.....	36
Das Leben in Asylbewerberheimen oder Unterkünften für geduldete Personen.....	40
Flüchtlinge aus den osteuropäischen EU-Staaten	42
Anhang.....	43
Praktische Ideen zur Integration.....	43
Für MigrantInnen allgemein.....	43
Für Flüchtlinge	46

Allgemeines zum Thema Integration

Standortbestimmung

Die Deutschen haben lange Zeit angenommen, dass sich die in Deutschland lebenden MigrantInnen den Gegebenheiten anpassen müssen und werden. Dies ist nur unzureichend geschehen.

Wir stehen in Deutschland vor der Situation, dass es zwischen Deutschen und MigrantInnen, vor allem der größeren Migrantengruppen, eine große Kluft gibt.

- Die Deutschen verstehen zum überwiegenden Teil gar nicht, warum sich die MigrantInnen „nicht integrieren wollen“. Viele Deutsche denken auch, dass sie keine Vorurteile gegenüber MigrantInnen haben. Misstrauisch betrachten sie oft auch, dass von MigrantInnen so viele Sozialleistungen „kassiert“ werden, die die Deutschen finanzieren.
- Die MigrantInnen beklagen oft die Respektlosigkeit der Deutschen gegenüber ihrer Kultur, ihren Werten, aber auch ihrer Persönlichkeit. Sie fühlen sich im Alltag oft von ihren deutschen MitbürgerInnen und von offiziellen Stellen diskriminiert. Sie sind in ihren Gefühlen verletzt.

Wir alle müssen uns fragen, was die Gründe für diese gegensätzlichen Sichtweisen sind und welche Fehler auf beiden Seiten gemacht wurden. Die Fronten scheinen verhärteter denn je zu sein, obwohl sich beide Seiten nach eigenen Aussagen um die Integration bemühen.

Um es ganz klar zu sagen: Die Situation wird sich dramatisch verschärfen, wenn es in unserer Gesellschaft so weitergeht wie bisher. Es wird verstärkt zu Spannungen kommen, die sich zunehmend in Aggressivität und Gewalt entladen, wie wir es in diesem Frühjahr in Frankreich und Schweden beobachten mussten. Dies wird enorme Kosten verursachen, genauso wie eine rapide Kostensteigerung für die Sozialsysteme voraussehbar ist. Das sollten und können wir uns nicht leisten. Ganz abgesehen davon leidet jeder Einzelne persönlich unter so einer Situation.

Man kann lange darüber diskutieren, welche Seite anfangen soll, eine Wende bei der Integration einzuleiten. Das ist jedoch nicht zielführend. Wir sind der Ansicht, dass es der deutschen Seite leichter fällt, auf die MigrantInnen zuzugehen. Die Deutschen können aufgrund ihrer kulturellen Prägung die Probleme rationaler angehen. Außerdem fühlen sie sich in ihren Gefühlen nicht so verletzt wie viele MigrantInnen aufgrund der negativen Erfahrungen, die sie mit der deutschen Gesellschaft gemacht haben. Daher sollten die Deutschen mit gutem Beispiel vorangehen und neue Wege zur Integration einschlagen. Außerdem ist es die deutsche Gesellschaft, die zukunftsfähig gemacht werden muss.

Integration und Assimilation

Für die meisten Deutschen ist die Beherrschung der deutschen Sprache der wichtigste Gradmesser für die Integration. Dies führt oft zu Fehleinschätzungen:

- Sprechen MigrantInnen gut Deutsch, gelten sie als gut integriert. Aber auch unter den MigrantInnen, die akzentfrei Deutsch sprechen, gibt es Personen, die nicht richtig integriert sind.
- Sprechen MigrantInnen nur gebrochen Deutsch, werden sie als nicht integriert oder sogar als integrationsunwillig, häufig auch als ungebildet angesehen. Trotzdem können solche Personen sehr gebildet und gut integriert sein.

Mit dem Begriff Integration meint man in der Soziologie, dass auch die Menschen, die vorher nicht richtig in die Gesellschaft mit einbezogen wurden, ein Teil dieser Gesellschaft werden. Für viele MigrantInnen ist das Wort Integration inzwischen negativ besetzt. Sie sagen, dass die Deutschen Assimilation meinen, wenn sie das Wort Integration benutzen.

Das Wort Assimilation bedeutet in der Soziologie, dass eine Gruppe von Menschen, die sich vorher von einer größeren Gruppe unterschieden hat, komplett in der größeren Gruppe aufgeht. Das heißt, dass die Menschen der kleineren Gruppe genauso werden wie die der größeren Gruppe.

Die Deutschen sind meist der Meinung, dass sich die MigrantInnen nur in die deutsche Gesellschaft integrieren sollen und demzufolge auch ihre kulturellen und religiösen Eigenheiten behalten können oder sollen. Trotzdem gibt es für die MigrantInnen gute Gründe, dies als Assimilation anzusehen und Ängste sowie Vorbehalte bei dem Wort Integration zu haben. Von ihnen wird zum Beispiel Folgendes erwartet:

- Die Ziele der Kindererziehung sollen den deutschen Erziehungszielen entsprechen, obwohl die Ziele bei den MigrantInnen oft ganz andere sind. So erzieht das deutsche Bildungssystem die Kinder zu selbstbewussten Individuen, die tolerant sein sollen. Bei vielen MigrantInnen ist aber das Ziel der Erziehung ein Mensch, der sich in die Gemeinschaft einfügt und für den das Wohl der Gemeinschaft oberste Priorität hat. *(So kennen es viele MigrantInnen aus der Kultur ihrer Heimat. Die Eltern haben daher häufig wenig „individuelles Selbstbewusstsein“. Sie wollen und/oder können deshalb z. B. ihre Kinder oft nicht zu selbstbewussten Menschen erziehen, die ihren Platz in der deutschen Gesellschaft finden.)*
- Viele Werte und Normen des Zusammenlebens sollen den deutschen entsprechen. Die Werte und Normen vieler MigrantInnen unterscheiden sich aber aus kulturellen Gründen deutlich von den deutschen Werten und Normen. Beispiele hierfür sind die Stellung der Mädchen und Frauen sowie die von älteren Familienangehörigen. Aber auch die ganz unterschiedlichen Auffassungen von Eigentum sind hierfür ein Beispiel. *(So kommt es immer wieder zu Differenzen mit Vermietern, weil sich aus deutscher Sicht MigrantInnen wie Eigentümer einer gemieteten Wohnung benehmen und z. B. einfach etwas umbauen, Schuhe ins Treppenhaus stellen und Satellitenschüsseln anbringen, ohne*

zu fragen. In anderen Kulturen ist dies aber so durchaus üblich.) Viele MigrantInnen möchten ihre Werte und Normen bewahren. Selbst wenn sie bereit sind, einige Änderungen zuzulassen, bleiben Ängste, wo genau der Schnitt zwischen Bewahrung und Veränderung gemacht werden soll.

- Die vielen guten Angebote für MigrantInnen in Deutschland sollen von möglichst allen MigrantInnen genutzt werden. Die MigrantInnen sehen häufig aber gar nicht den Sinn und Nutzen dieser Angebote für sich selbst. Viele MigrantInnen möchten einfach nur in ihrem bekannten Kontext weiterleben. Deshalb werden z. B. Beratungsangebote, Elterngespräche in der Schule, aber auch Angebote in den Kindergärten und Schulen zur zusätzlichen Förderung von Migrantenkindern häufig nicht angenommen.
- MigrantInnen sollen sich um alle Belange des täglichen Lebens selber kümmern, so wie die Deutschen es gewohnt sind. Für MigrantInnen ist dies aber schwierig, sie kennen es so schlichtweg nicht. Es ist ihnen völlig fremd und folglich sind sie darin auch völlig ungeübt, weil in ihren Kulturen vieles von der Gemeinschaft/Familie geregelt wird/wurde. Dies führt z. B. oft zu Problemen mit Behörden, weil gesetzte Fristen für Anträge ungenutzt verstreichen.
- MigrantInnen sollen um Rat fragen oder sich beraten lassen, wenn es im Alltag oder der Familie Schwierigkeiten gibt. Sie haben das Fragen aber häufig nicht gelernt und/oder Fragen gilt in ihrer Kultur als Ausdruck von Dummheit.

Unserer Ansicht nach ist Folgendes wichtig: Es geht darum, den Deutschen und den MigrantInnen die Ängste zu nehmen sowie konkret die Tatsachen zu benennen und die Vorteile der Integration zu erläutern:

1. Vonseiten der Politik müsste es eine Klarstellung geben, was die Deutschen mit Integration wirklich meinen. Diese Klarstellung müsste einfach, verständlich und exakt sein sowie mithilfe konkreter Beispiele veranschaulicht werden.
2. Die Politik müsste den deutschen MitbürgerInnen klar sagen, dass wir die MigrantInnen in unserer Gesellschaft brauchen. Sie müsste Deutsche und MigrantInnen darauf hinweisen, dass alle, also auch jeder Einzelne in seinem persönlichen Umfeld, an der Integration mitwirken müssen.
3. Die Politik müsste klarstellen, dass Integrationsmaßnahmen kein verschwendetes Geld sind, das an anderer Stelle den Deutschen weggenommen wird. Es muss der gesamtgesellschaftliche Nutzen der MigrantInnen betont werden, die möglichst gut ausgebildet einen Beruf ergreifen und damit die Sozialsysteme unserer alternden Gesellschaft stützen.
4. Die Politik müsste den Deutschen erklären, wie schwierig für MigrantInnen der Zugang zum Arbeitsmarkt und der Nachzug von Familienangehörigen ist. Nur so können die Deutschen verstehen, dass die MigrantInnen ihnen nicht die Arbeitsplätze wegnehmen. *(Für MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern, die nach Deutschland kommen, gilt die Nachrangigkeit auf dem Arbeitsmarkt. Das heißt: Ihnen wird von der Bundesagen-*

tur für Arbeit nur die Erlaubnis erteilt, eine Stelle zu besetzen, wenn kein Deutscher, kein EU-Bürger und kein Migrant, der schon in Deutschland lebt, diese Stelle besetzen kann. Ohne den Nachweis einer Arbeitsstelle bekommen MigrantInnen aus Nicht-EU-Ländern keine (längerfristige) Aufenthaltserlaubnis. Die Familie kann ein(e) MigrantIn nur nachziehen, wenn das Einkommen der in Deutschland lebenden Person ausreicht, um die ganze Familie zu ernähren, und ausreichend Wohnraum nachgewiesen werden kann.)

5. Die Politik müsste den Deutschen sagen, dass MigrantInnen nicht einfach nach Deutschland kommen können, um hier Sozialleistungen „zu kassieren“ und sich „die Taschen damit vollzustopfen“, wie häufig genug gesagt wird. Die Deutschen müssen wissen, dass Zahlungen von Sozialleistungen an MigrantInnen nur unter klar definierten Bedingungen erfolgen. *(Dies ist im Sozialgesetzbuch II geregelt. Daraus ergibt sich, dass Sozialleistungen nur ausgezahlt werden, wenn sich MigrantInnen aus nicht EU-Ländern längerfristig oder dauerhaft in Deutschland aufhalten. EU-Bürgern werden keine Sozialleistungen gezahlt, wenn sie sich zum Zweck der Arbeitssuche in Deutschland aufhalten.)* Deutsche müssen darüber aufgeklärt werden, dass nur bei Flüchtlingen von diesen Regelungen eine Ausnahme gemacht wird. *(Flüchtlingen ist es häufig nicht erlaubt, überhaupt zu arbeiten.)*
6. Die Politik müsste den BürgerInnen solche Begriffe wie Migranten, Flüchtlinge, Asylbewerber, Asyl, Duldung, Freizügigkeitsregelung in EU erklären und diese Begriffe auch konsequent richtig benutzen. – Z. B. ist nicht jeder Flüchtling ein Asylbewerber, wie es häufig in der Politik dargestellt wird. *(Oft wird nicht klar zwischen Asylbewerber und geduldeten Personen (s. u.) unterschieden. – Wir wollen auch darauf hinweisen, dass ein Großteil der MigrantInnen die Bedeutung des Wortes „MigrantIn“ gar nicht kennt. Wir werden jedes Mal, wenn wir es benutzen, gefragt, was MigrantInnen überhaupt sind. Dieser Tatsache müssen sich die Deutschen bewusst werden.)*

Unterschiedliche Blickwinkel auf die Situation

Jeder Mensch nimmt seine Umwelt unter seinem subjektiven Blickwinkel wahr. Eine objektive Wahrnehmung gibt es nicht. Menschen, die sich aufgrund ihrer Herkunft oder einer anderen Gegebenheit (z. B. einer Krankheit) anders fühlen als die meisten Menschen um sie herum, sehen und erleben alles unter diesem Blickwinkel.

1. *Beispiel:* Wir haben festgestellt, dass Deutsche und MigrantInnen im Prinzip oft die gleichen negativen Erfahrungen machen, aber völlig unterschiedlich bewerten und agieren, wie z. B. bei Ärzten oder in Geschäften beim Umtausch von defekten Geräten: Bei den Deutschen führen diese Erfahrungen zu dem Ergebnis, dass man nicht mehr zu dem entsprechenden Arzt geht bzw. nicht mehr in dem Geschäft einkauft, in dem es Probleme beim Umtausch gab. Damit ist der Fall erledigt. Bei MigrantInnen sieht das Fazit ganz anders aus: „Das ist nur passiert, weil ich MigrantIn bin und die

denken, dass man mich so behandeln kann.“ Man sieht sich wieder in seiner Sichtweise bestärkt, dass man in Deutschland nicht erwünscht ist.

2. *Beispiel:* Deutsche wiederum sehen sich häufig in ihrer Sichtweise bestärkt, dass MigrantInnen deutsche Gepflogenheiten und Gesetze missachten, wenn sie z. B. von türkischen jungen Männern angepöbelt werden. Werden sie von deutschen jungen Männern angepöbelt, bleibt dies oft nicht im Gedächtnis haften.

Die subjektiven Blickwinkel sorgen sowohl bei den Deutschen wie den MigrantInnen dafür, dass durch ihre ganz persönlichen Erlebnisse und Erfahrungen die jeweiligen (Vor-)Urteile untermauert werden. Diesen Teufelskreis zu durchbrechen, ist äußerst schwierig. Wir alle müssen uns aber dieser Tatsache bewusst werden, um selbstkritischer über unsere Handlungen und Erlebnisse reflektieren zu können. Dies ist eine Grundvoraussetzung für mehr Toleranz auf beiden Seiten.

Parallelgesellschaften

Eine kleinere Gruppe, die sich in einer größeren Gruppe missverstanden und ausgeschlossen fühlt, wird nur eine geringe Bereitschaft haben, sich mit dem gesellschaftlichen Leben, den Werten und Normen der größeren Gruppe auseinanderzusetzen. Die Deutschen können natürlich weiter darauf beharren, dass die MigrantInnen, die in Deutschland leben, den deutschen Erwartungen entsprechen müssen. Dann wird sich die Situation weiter verschärfen:

- Die Menschen in den Parallelgesellschaften werden noch enger zusammenrücken und sich gleichzeitig noch weiter von den Deutschen entfernen.
- Die Verständigung und der Transport von Informationen zwischen Deutschen und MigrantInnen wird schwieriger werden.
- Die Bildungschancen von Migrantenkindern werden sinken und damit auch das Bildungsniveau insgesamt.
- Die Ausgaben für Sozialleistungen werden steigen, weil schlecht ausgebildete Menschen nur wenig Chancen auf dem Arbeitsmarkt und im Alter nur minimale Rentenansprüche haben.
- Das Aggressionspotenzial wird durch Unzufriedenheit mit der Lebenssituation steigen, Zukunftsängste und Orientierungslosigkeit nehmen zu.

Hinzu kommen noch weitere Aspekte: Zum einen findet in vielen Kulturen keine derart rationale Auseinandersetzung mit ihrer Situation und vorhandenen Problemen statt, wie das bei Deutschen der Fall ist. So werden in vielen Fällen nicht die Vorteile und Nachteile vor einer Entscheidung abgewogen und intensiv über Dinge nachgedacht. Vieles wird emotional(er) verarbeitet und entschieden. Daher ist die Gefahr groß, dass Fremdes sofort als Angriff auf das bekannte Leben mit seinen Werten und Normen verstanden wird.

Zum anderen muss auch berücksichtigt werden, dass die MigrantInnen sich in einer Art Zwickmühle befinden. Sie leben in Deutschland, einem Land, das sie häufig nicht als ihre Heimat ansehen und in dem sie sich nicht wirklich willkommen fühlen. Gleichzeitig gehören sie aber auch nicht mehr in das Land, aus dem sie oder ihre

Vorfahren ursprünglich stammen. Dort hat sich die Gesellschaft weiterentwickelt. Diese Entwicklung konnten die in Deutschland lebenden MigrantInnen nicht miterleben. So sind sie in ihrer vermeintlichen Heimat oft fremder als in Deutschland. Dies wird ihnen z. T. bei Besuchen dort auch offen gezeigt. So werden türkischstämmige MigrantInnen in der Türkei oft in abfälligem Ton als „Deutsch-Türken“ bezeichnet. Im Heimatland gibt es zudem u. U. auch Probleme mit der Anerkennung von Abschlüssen, die in Deutschland erworben wurden. Außerdem beherrschen viele MigrantInnen der 2. oder 3. Generation die Sprache ihres Herkunftlandes, vor allem in der Schriftform, nicht gut genug, um dort eine gute Arbeit zu finden. Das bedeutet aber für viele MigrantInnen, dass ihnen der Weg für ein dauerhaftes Leben in ihrem Ursprungsland nicht mehr offen steht und sie auch bei Schwierigkeiten und Problemen in Deutschland bleiben müssen. Diese Situation fördert die negative Beurteilung von Erlebnissen mit Deutschen im Alltag oder von Schul- und Behördenangelegenheiten.

Außerdem müssen die Deutschen erkennen, dass das Leben in Deutschland für die MigrantInnen auch große Auswirkungen auf ihr ganz persönliches Umfeld haben kann. Oft brechen die Großfamilien, die eine große Rolle in vielen Kulturkreisen spielen, aber auch die Kleinstfamilien auseinander. Sie halten dem Druck, der durch den Spagat, sein Leben zwischen zwei ganz unterschiedlichen Kulturen meistern zu müssen, nicht stand. Bei den entstehenden familiären Problemen ist man häufig auf sich allein gestellt. Ein Grund ist, dass man in vielen Kulturen Verwandte und Freunde nicht mit seinen Sorgen belastet. Ein anderer Grund ist das Fehlen von Menschen, die vertraut genug sind, um in solchen Situationen Trost und Halt zu geben. Ähnliches gilt auch in Trauersituationen, vor allem dann, wenn nahe Verwandte im Herkunftsland gestorben sind und man nicht einmal zur Beerdigung reisen kann. In solch schwierigen Lebenssituationen fühlt man sich hilflos, einsam und unverstanden von der deutschen Umgebung. Diese negativen Gefühle hinterlassen bei MigrantInnen tiefe Spuren.

Hinzu kommt, dass sich viele Hoffnungen und Erwartungen, die die MigrantInnen bei ihrer Ankunft in Deutschland hatten, nicht erfüllt haben. Oft fühlen sie sich auch persönlich ausgenutzt. Sie zahlen in Deutschland Steuern und Abgaben, schicken Geld in ihre Heimatländer, um ihre Familien zu unterstützen, und kommen selber in ihrem Leben nicht so vorwärts, wie sie es bei den Deutschen sehen. Auch ihre Unwissenheit über die Regeln des deutschen Arbeitsmarkts wird leider häufig genug gerade zu Beginn ihres deutschen Arbeitslebens von Unternehmen durch eine nicht adäquate Entlohnung ausgenutzt. Zudem kommt es vor, dass MigrantInnen viel von dem Geld verlieren, das sie in ihrer Heimat für ihr Alter angelegt haben. Die Gründe hierfür sind oft eine unvollständige oder fehlerhafte Anlageberatung.

Alle diese negativen Gefühle und Lebensumstände werden mit dem Leben in Deutschland in Zusammenhang gebracht, sodass Deutschland nicht als (neue) Heimat angesehen werden kann.

Die Öffnung von Parallelgesellschaften einzuleiten, ist äußerst schwierig. Nur durch einen sensiblen und freundlichen Umgang können wir dafür die Grundlagen legen. Kindergärten/-tagesstätten und Schulen können einen wichtigen Beitrag dazu leisten. Es müsste zum Prinzip werden, dass konsequent bei Spielen, Gruppenarbeit und Bildung von Mannschaften im Sport eine Durchmischung der Kinder unterschiedlicher Nationalitäten zustande kommt. Dies wird häufig leider noch zu wenig prakti-

ziert. Auf diese Weise können und müssen sich Kinder aber immer wieder mit anderen Geflogenheiten auseinandersetzen und lernen sich gegenseitig besser kennen. Sie sehen dann aber auch, dass das Miteinander unterschiedlicher Nationalitäten und Kulturen erfolgreich sein kann. Wichtig ist, die Freundschaften zwischen Kindern gleicher Nationalität nicht zu stören oder zu unterbinden. Es sollte lediglich der Kontakt zu Kindern außerhalb einer solchen Gruppe gefördert werden. Dies könnte den Weg zur mehr Offenheit in unserer Gesellschaft ebnen. Außerdem könnte dies in den Bildungseinrichtungen relativ einfach umgesetzt werden.

Fordern und Fördern

Praktische Integration kann nur gelingen, wenn drei Rahmenbedingungen erfüllt sind:

- Es müssen ganz klar die Dinge definiert werden, die in Deutschland lebende MigrantInnen erfüllen müssen. Dazu gehört selbstverständlich die Achtung der hier geltenden Gesetze, aber auch viele Dinge des Alltagslebens, wie z. B. die Anforderungen der Bürokratie, zu erfüllen.
- Die Deutschen müssten offen sagen, welche kulturellen Eigenheiten sie bereit sind, zu akzeptieren, und in welcher beruflichen Position sie diese nicht mehr akzeptieren, z. B. das Tragen eines Kopftuches.
- Die Deutschen müssen auf die MigrantInnen zugehen und sie dort abholen, wo sie stehen, ohne die gesteckten Ziele aus den Augen zu verlieren. Sie müssen den MigrantInnen erklären, was von Ihnen verlangt wird und warum.

Ein Beispiel: Eine junge türkische Frau mit vier kleinen Kindern hat sich von ihrem Mann getrennt. Sie spricht nur sehr wenig Deutsch, besucht aber nur selten das kostenlose Sprachprojekt zum Deutschlernen. Erst als sie vom Jobcenter die Auflage bekommt, Deutsch zu lernen, ist sie bereit, einen Integrationskurs zu belegen. Immer wieder gibt es Schwierigkeiten, weil sie Anträge zu spät ausfüllt oder Unterlagen nicht fristgerecht einreicht. Erst als sie sehr unter Druck steht, sucht sie sich Unterstützung bei einer gut integrierten türkischen Frau. In Gesprächen wird klar, dass die junge Mutter Angst vor all den Formularen, Behördengängen, dem Sprachprojekt und auch vor der Anmeldung zum Integrationskurs hat. Sie musste sich vorher nie um solche Dinge kümmern. Manchmal hält sie sogar die Termine nicht ein, die sie mit der gut integrierten Türkin vereinbart hat, um weiter an den Formalitäten zu arbeiten. Der Grund dafür ist, dass der jungen Mutter alles über den Kopf wächst.

Es wird nichts nützen, der jungen Mutter viele Beratungs- und Hilfsangebote aufzuzeigen. Sie kann diese einfach nicht annehmen, weil sie damit überfordert ist und Angst hat. Gleichzeitig muss man aber dafür sorgen, dass sie lernt, sich um alle Formalitäten für ihre Familie zu kümmern. Das kann man nur mit „tröpfchenweise dosierten“ Informationen, persönlicher Unterstützung und viel Geduld erreichen.

Welche Probleme haben MigrantInnen wirklich? Wie kann man sie erreichen? Wo stehen sie und wo kann man sie „abholen“?

Diese Fragen können nicht von deutscher Seite vom sogenannten Grünen Tisch aus beantwortet werden. Es ist unserer Ansicht nach ganz wichtig, dass Deutsche mit

MigrantInnen ganz eng zusammenarbeiten. Ohne die Zielgruppe zu kennen, kann man keine passenden Maßnahmen entwickeln. Investierte Arbeit und eingesetztes Geld werden dann nicht effizient genutzt.

Bei der Zusammenarbeit sollte der Schwerpunkt auf dem Kontakt und den Informationen liegen, die von der Basis kommen. Hierfür stehen wahrscheinlich nur wenige MigrantInnen zur Verfügung. Es gibt aber viele Personen, die deutlich mehr Einblick in das Leben von MigrantInnen haben, als das Personal der oberen Etagen der Behörden. So haben z. B. SozialarbeiterInnen in den Sozialämtern oder an Schulen, MitarbeiterInnen von Frauenhäusern oder der Jugendhilfe, OrganisatorInnen der vielen Integrations- oder Patenschaftsprojekte vor Ort viel Erfahrung und einen großen Wissensschatz. Dieser sollte genutzt werden.

Das Gefühl, nicht gleichberechtigt zu sein

Bei den vielen Gesprächen, die wir mit MigrantInnen geführt haben, haben uns solche Aussagen wie folgende zunächst ratlos zurückgelassen:

„In den deutschen Schulbüchern kommen die Türken so schlecht weg. Die Bücher sollten umgeschrieben werden.“ (*Diese Aussage bezieht sich z. B. auf die Schlacht um Wien, wo aus deutscher Sicht die Bedrohung durch die Türken gerade noch abgewendet werden konnte.*)

„Auch in den Innenstädten sollte es als solche erkennbare Gebetsräume für Muslime geben.“

„Bei westlichen Sprachen gibt man sich in den Nachrichten Mühe, auch Sonderzeichen bei der Schreibweise von Namen zu berücksichtigen, z. B. die Akzentzeichen im Französischen. Bei türkischen Namen gibt man sich keine Mühe mit den Sonderzeichen. Das sollte sich ändern.“

Viele Deutsche würden solche Aussagen mit „Was denken die sich eigentlich!“ abtun.

Zumindest drei wichtige Aspekte des Zusammenlebens von Deutschen und MigrantInnen in unserem Land spiegeln sich in diesen Aussagen wider:

- Viele MigrantInnen fühlen sich nicht genug von den Deutschen respektiert.
- Viele MigrantInnen wissen nicht, wie bestimmte Dinge in unserer Gesellschaft funktionieren (*z. B. dass die Regierung nicht einfach die Schulbücher umschreiben lassen kann*).
- Viele Deutsche können die Gefühle von MigrantInnen nicht nachvollziehen.

Viele MigrantInnen aus der Türkei oder den Balkanstaaten beklagen auch, dass die Deutschen klar zwei Gruppen unterscheiden: die ihnen angenehmen MigrantInnen

(z. B. aus den USA, aus Skandinavien oder aus Frankreich) und die nicht angenehmen MigrantInnen (z. B. aus der Türkei oder aus Afrika). Viele MigrantInnen fühlen sich dadurch diskriminiert.

Auch ist vielen MigrantInnen unverständlich, warum die Bearbeitung ihrer Anträge bei der Bundesagentur für Arbeit oder der Ausländerbehörde nur „schleppend“ vorangeht, während z. B. „Greencard“-Besitzer aus Indien bevorzugt behandelt werden. Dies stößt auf Unverständnis und weckt negative Emotionen.

Bedeutung der Kommunikation

Unserer Meinung nach liegt der Schlüssel für viele Probleme weder im Deutschlernen noch in besseren Angeboten oder dem Zwang bestimmte Angebote wahrzunehmen, wenn man Sozialleistungen erhalten will. Der Schlüssel liegt im Umgang miteinander. Dabei kommt es auf folgende Punkte an:

- **Respekt:** Nur wenn man eine Person so respektiert, wie sie ist, kann man mit ihr auf Augenhöhe kommunizieren. Nur wenn die Kommunikation auf der gleichen Ebene stattfindet, kann man Informationen erfolgreich vermitteln und auch Informationen von seinem Gesprächspartner erhalten.
- **Aufmerksamkeit:** Nur wenn man einer Person Aufmerksamkeit schenkt, kann man eine erfolgreiche Kommunikation führen. Die Sprache allein, ausgefüllte Formulare oder die Anamnese nach Schema F beim Arzt reichen dafür nicht.
- **Individualität:** Nur wenn man die vor sich sitzende Person als Individuum sieht, kann man erfolgreich mit ihr kommunizieren. Wenn man sie z. B. nur als türkische Frau mit Kopftuch, die deshalb konservativ und ungebildet sein muss, wahrnimmt, wird man sie nicht erreichen können.
- **Empathie:** Nur wenn man versucht, sich in die Person, mit der man spricht, einzufühlen, kann man sie erreichen und verstehen.

Diese Punkte sind im Grunde die Prinzipien, die vielen Kommunikationstheorien zugrunde liegen. Die Deutschen wenden sie auch häufig an, z. B. im Geschäftsleben

Der Schlüssel liegt im Umgang miteinander: Man versucht, jedem seiner Gesprächspartner die Aufmerksamkeit beim Zuhören zu schenken, die man seinem besten Freund schenkt.

oder in Beratungsstellen. Im Umgang zwischen Deutschen und MigrantInnen fällt dies aber vielen sehr schwer, weil jeder schon seine Erlebnisse mit der anderen Seite aus seinem Blickwinkel abgespeichert hat. Man hat sich schon sein Urteil, das vielleicht auch ein Vorurteil ist, gebildet.

Diese festgefahrene Situation können wir nur durchbrechen, indem wir uns immer wieder auf die Grundprinzipien der Kommunikation besinnen und diese auch konsequent anwenden. Das klingt schwierig. Es gibt aber ein schönes

Bild, das sehr hilfreich ist: Man versucht jedem seiner Gesprächspartner die Aufmerksamkeit beim Zuhören zu schenken, die man seinem besten Freund schenkt.

Bringt man seinem(r) GesprächspartnerIn Respekt, Aufmerksamkeit und Empathie entgegen und sieht ihn/sie als Individuum, kann er/sie nicht nur Informationen leichter annehmen. Es wird ihm/ihr auch schwerer fallen, sich der Kommunikation zu entziehen. Gleichzeitig öffnet sich so der Weg für gegenseitiges Verstehen und mehr Toleranz.

Was kann man tun

Respekt und Kommunikation

Waren Sie schon einmal in einem Jobcenter und haben dort zusammen mit MigrantInnen einen Antrag auf ALG II (*Arbeitslosengeld II*) geholt und ausgefüllt? Waren Sie schon einmal als „Bittsteller“ auf anderen Behörden? - Selbst Deutsche vermeiden Behördengänge und füllen nur ungern Formulare aus. Das Behörden- und Juristendeutsch lässt auch viele Deutsche hilflos zurück. Wie müssen sich dann erst MigrantInnen fühlen, die des Deutschen nicht so mächtig ist?

Es gibt wirklich auch sehr positive Erlebnisse. Das wollen wir betonen. Allerdings überwiegen wohl eher die negativen. Sie sind vor allem geprägt von Respektlosigkeit, wie z. B. beim Ausfüllen eines Antragsformulars: Allein die Frage an der Information eines Jobcenters, „Was ist denn eine Bedarfsgemeinschaft?“, wurde mit einem solchen Blick abgestraft, dass man am liebsten vor Scham im Boden versunken wäre. Warum konnte diese Frage nicht sachlich beantwortet werden?

Auf allen Behörden und Ämtern sollten die Besucher als Kunden oder Klienten - und somit respektvoll - behandelt werden.

Beim Abgeben von Formularen für ALG II oder auf der Ausländerbehörde ist die Angst und Unsicherheit der Betroffenen fast mit Händen zu greifen. Häufig werden Vorgänge und Bescheide vom Personal nicht erklärt, sondern einfach nur ein negativer Bescheid erteilt. Manchmal wird sogar die Entgegennahme von Unterlagen verweigert, obwohl man als Antragsteller

verpflichtet ist, diese einzureichen. Der Grund ist das fehlende Wissen der/des SachbearbeiterIn und die fehlende Bereitschaft, sich eine Erklärung anzuhören.

Nicht nur MigrantInnen werden oft auch zwischen Behörden hin und her geschickt, weil keine der Stellen eine Entscheidung treffen will, vielleicht um einen Präzedenzfall zu vermeiden. Die Betroffenen können sich dann nur ungerecht abgefertigt oder ohnmächtig der Bürokratie gegenüber fühlen. Dies kann nur als „man will uns überhaupt nicht in Deutschland“ verbucht werden. Gleichzeitig sinkt dann natürlich auch die Bereitschaft, sich für Informationen oder Forderungen der deutschen Seite zu öffnen.

Auf allen Behörden und Ämtern sollten die Besucher als Kunden oder Klienten - und somit respektvoll - behandelt werden. Dies könnte durch Verfahrensregelungen für Behörden schriftlich fixiert und in Schulungen weitergegeben werden. Damit gäbe es auch das Recht, eine solche Behandlung einzufordern und sich zu beschweren, wenn man inadäquat behandelt wird.

Auch in vielen Kindergärten/-tagesstätten und Schulen gibt es noch Defizite in dieser Hinsicht. Sie müssten in solche Regelungen und Schulungen mit einbezogen werden.

Zusammen mit dem klaren Bekenntnis der Politik zu den MigrantInnen würde die respektvolle Behandlung von offiziellen Stellen ein Zeichen in Richtung Anerkennung setzen. Dies könnte auf lange Sicht auch einen Wandel des privaten Umgangs zwischen Deutschen und MigrantInnen nach sich ziehen. Daran gilt es zu arbeiten.

Eine respektvolle Kommunikation, bei der auch daraufhin gearbeitet wird, dass **die wesentlichen Punkte verstanden werden**, bringt zudem weitere Vorteile. Dabei muss sowohl das sprachliche wie das inhaltliche Verständnis beachtet werden. Schließlich haben selbst Deutsche oft Schwierigkeiten, amtliche Vorgänge zu verstehen. Es kostet selbstverständlich mehr Mühe und Zeit, sich auf eine(n) GesprächspartnerIn einzustellen. Eine gelungene Kommunikation rechtfertigt jedoch diesen Mehraufwand, weil dieser sich insgesamt gesehen rechnet:

- Missverständnisse und Ärger können häufig vermieden werden.
- Vorgänge können zügiger abgewickelt werden, beanspruchen also weniger personelle Ressourcen.
- Es gibt weniger Einsprüche gegen Entscheidungen, was kostensenkend wirkt.
- Verlängerungen von Anträgen können von Anfang an reibungslos laufen.

Vielfach wird leider von deutscher Seite das Argument angeführt, dass es zu Schwierigkeiten kommt, weil der/die MigrantIn nicht gut genug Deutsch spricht. Dieses Argument ist oft nur eine Entschuldigung, weil man nicht bereit ist, sich Mühe mit seinem Gegenüber zu geben. Es gibt einige einfache Punkte, die mit fast jedem Menschen eine Kommunikation ermöglichen, wie wir bei unserer Arbeit festgestellt haben:

- Man formuliert einfache, kurze Sätze.
- Man spricht grammatisch richtiges Deutsch und vermeidet die Nachahmung von gebrochenem Deutsch.
- Man umschreibt und erklärt Fachbegriffe einfach.
- Man redet langsam, aber nicht lauter (*die meisten MigrantInnen sind nicht schwerhörig*).
- Man wiederholt nicht ständig die gleichen Sätze, sondern formuliert den gleichen Inhalt anders.
- Man unterstützt die Sprache durch Mimik und Gestik.
- Man zeigt Dinge in natura oder malt sie auf.

Umdenken

Wir denken, dass bei der Integrationspolitik und **allen Integrationsmaßnahmen von deutscher Seite her ein Umdenken erfolgen sollte:**

- Die Deutschen sollten auf die MigrantInnen zugehen und sie respektieren.
- Die Deutschen sollten versuchen, die Lebensweise der MigrantInnen besser kennenzulernen.
- Die Deutschen sollten versuchen, innerhalb der vorhandenen Lebensstile Schritt für Schritt Änderungen durchzusetzen. Wenn radikale Änderungen verlangt werden, wird dies zu Misserfolgen führen.
- Die Deutschen müssten Geduld aufbringen. Sie dürfen nicht erwarten, dass MigrantInnen ihre Erziehungsprinzipien, Werte und Normen in kurzer Zeit verändern. *(Man darf nicht vergessen, dass auch die Deutschen lange gebraucht haben, um die autoritäre Erziehung abzulegen und sich dem Ziel der Gleichberechtigung von Frauen zu nähern.)*
- Die Deutschen sollten ab sofort deutlich mehr für die Integration tun und dabei neue Wege gehen, auch wenn es keine schnell sichtbaren Erfolge gibt. Es muss nachhaltig agiert werden, dann wird sich der Erfolg in der Zukunft einstellen.

Handeln

Integration ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Folgende Punkte sollten realisiert werden:

- Politiker aller Ebenen müssten die gesetzlichen Rahmenbedingungen für notwendige Maßnahmen schaffen, sich zur Integration bekennen und auch entsprechend handeln - statt wie bisher allzu oft Ängste in der Bevölkerung zu nähren.
- Die Verwaltungen müssten flexibler in ihrem Handeln werden und sich in ihrer Kommunikation und bei der Aufgabenbewältigung mehr auf MigrantInnen einstellen.
- Politiker und Verwaltungen müssten dauerhaft für das Engagement aller BürgerInnen auf dem Gebiet der Integration werben.
- Politiker und Verwaltungen müssten auch günstigere Rahmenbedingungen für das bürgerliche Engagement schaffen. Daran fehlt es vielfach noch. Z. B. müsste die Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen vonseiten der Hauptamtlichen durch mehr Respekt, Kollegialität und Professionalität geprägt sein. Außerdem müssten die Hauptamtlichen genug zeitlichen Spielraum haben, um zusammen mit Ehrenamtlichen neue Projekte anzustoßen.
- Deutsche und MigrantInnen müssten erkennen, dass es sich lohnt, sich für die Integration zu engagieren und diese Erkenntnis auch umsetzen.

Veröffentlichen

Die **Medien** müssen sich ihrer Rolle für die Integration bewusst werden und **ihren Beitrag dazu leisten**.

- Die Medien sollten sachlicher über Vorkommnisse berichten, in die MigrantInnen involviert sind.
- Die Medien sollten über die Situation und das tatsächliche Leben von MigrantInnen berichten und aufklären.
- Reine Polemik sollte keinen Platz mehr in den Medien haben. Vorurteile von Lesern zum Zweck der Auflagensteigerung zu bedienen, sollte unterbleiben.

Praktische Integrationsprobleme

Formulare/Behördengänge/offizielle Informationen

Eine großes Problem für MigrantInnen stellt das Ausfüllen von Formularen dar. Selbst Deutsche sind oft damit überfordert. Jedes Formular hat zudem noch sein spezifisches Vokabular.

Natürlich wäre es wünschenswert, Formulare in wesentlichen Punkten zu vereinfachen. Dies lässt sich aber nur langfristig erreichen. Kurzfristig wäre es gut, wenn man Erklärungen in einfachem Deutsch für die Formulare hätte. Die Begriffe bzw. die Abkürzungen sollten ganz einfach erklärt werden. Die Ausfüllhilfen, die es für viele Formulare gibt, geben sich nicht mit so einfachen Dingen wie „verw.“ ab und die Erklärungen sind viel zu kompliziert geschrieben. Wenn man ein paar studentische Hilfskräfte, vorzugsweise Studierende des Fachs „Deutsch als Fremdsprache“, damit beauftragen würde, könnte man für wenig Geld schnell Hilfen für die gängigsten Formulare schaffen. MigrantInnen, die als Testpersonen diese Hilfen auf ihre Praxistauglichkeit prüfen, lassen sich wahrscheinlich leicht in Integrationskursen finden. Durch solche Ausfüllhilfen könnte das Personal der Behörden enorm entlastet werden.

Alle offiziellen Informationen und Broschüren z. B. über Kindergärten, das Schulsystem, das Gesundheitssystem und die Arbeitswelt sollten in einfachem Deutsch geschrieben werden.

Viele Informationen für Familien, Elternbriefe von Kindergärten und Schulen sowie Amtsblätter und amtliche Bekanntmachungen sind sehr kompliziert formuliert. Sie sind für viele MigrantInnen kaum verständlich. Die Informationen können dann nicht

umgesetzt und Angebote nicht wahrgenommen werden. ErzieherInnen und LehrerInnen wiederum beklagen, dass die Migranteltern oft nicht auf ihre Rundbriefe reagieren.

Abhilfe können einfachere Formulierungen schaffen. Dies könnte über klare Vorgaben und Beispielbriefe der Städte und der Schulämter angestoßen werden. Auch noch mehr Engagement der ErzieherInnen und LehrerInnen würde weiterhelfen. Sie könnten Eltern von Kindergartenkindern auf bestimmte Dinge beim Abholen noch einmal mündlich hinweisen. LehrerInnen könnten Schulkinder über bestimmte Dinge in einem kurzen Gespräch informieren. Hierfür gilt es, noch mehr Sensibilität zu wecken.

Viele MigrantInnen gehen nicht zu Elternabenden oder vermeiden Elterngespräche, weil sie die dort gebräuchliche Terminologie nicht beherrschen, selbst wenn sie ansonsten ganz gut Deutsch sprechen. Auch hier könnte das Bewusstsein für dieses Problem durch Informationen inklusive praktischer Beispiele oder Weiterbildungsmaßnahmen geweckt werden.

Informationen zu wichtigen Themen, z. B. die Anmeldung für die Kindergärten und Schulen, müssten ganz bewusst besonders einfach formuliert werden. Dies würde auch deutschen bildungsfernen Haushalten zugutekommen und mehr Menschen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben deutlich erleichtern.

Es gibt schon Informationsbroschüren in mehreren Sprachen. Dieses Prinzip müsste auf mehr Broschüren ausgeweitet werden.

Deutsche Sprache

Die Geschichte der Integrationskurse ist eine Erfolgsgeschichte. So wird es von den Verantwortlichen gesehen. Das ist richtig, trotzdem ist es nur die halbe Wahrheit. Es gibt noch viele Verbesserungsmöglichkeiten beim Erlernen der deutschen Sprache:

- **Es fehlen häufig qualifizierte LehrerInnen.** Viele MigrantInnen bemängeln, dass sie von LehrerInnen unterrichtet werden, deren Muttersprache nicht Deutsch ist. Dies bereitet beim Erlernen der korrekten Aussprache und dem Verstehen oft Schwierigkeiten. – Man müsste mehr Geld investieren und LehrerInnen fest anstellen, um qualifizierten LehrerInnen eine adäquate Zukunftsperspektive zu bieten. *(Die meisten der LehrerInnen von Integrationskursen arbeiten auf Honorarbasis. Das heißt, sie müssen sich selber sozialversichern und nur die tatsächlich geleisteten Stunden werden bezahlt. In der Urlaubszeit erhalten die LehrerInnen somit kein Geld.)*
- **Das Vokabular und die Inhalte** der Integrationskurse sind **nicht so praxisnah**, wie sich das sowohl viele LehrerInnen wie die SchülerInnen von Integrationskursen wünschen. Dies geht aus einer Untersuchung von Konrad Ehlich et al. von der Maximilians-Universität München (2007) für das Goethe-Institut hervor. Außerdem ist der Zeitrahmen eng geplant, sodass wenig Raum für Fragen bleibt. – Da die Rahmenbedingungen der Kurse internationalen Standards entsprechen müssen, ist es schwierig, hier Abhilfe zu schaffen. Man könnte aber begleitende Angebote zu den Integrationskursen schaffen (s. u.).
- Integrationskurse können nur ab einer bestimmten Teilnehmerzahl stattfinden, damit sie sich finanziell tragen. Aufgrund der so vorgegebenen Teilnehmerzahlen steht dann für das aktive Sprechen jedes Einzelnen nur wenig Zeit zur Verfügung. Für die TeilnehmerInnen bedeutet dies, dass sie zwar die Grammatik und das Verstehen der Sprache lernen, aber **das Sprechen zu wenig geübt wird**. Die TeilnehmerInnen brauchen jedoch eine gute Sprachpraxis, damit sie Kontakt zu ihrer deutschen Umgebung aufnehmen und ihre Angelegenheiten selber regeln können. – Auch hier ist es wichtig, begleitende Angebote zu schaffen.
- Es muss darüber nachgedacht werden, warum fast die Hälfte der TeilnehmerInnen die Prüfungen der Integrationskurse nicht besteht.
- **Menschen mit Behinderungen** können die Prüfung oft nicht ablegen, weil es keine entsprechenden Möglichkeiten gibt, z. B. für Blinde. Damit wird diesen Menschen eine wesentliche Voraussetzung für ihre Einbürgerung in Deutschland vorenthalten.
- Die Stunden der **Integrationskurse sind vorbei und was kommt dann?**

Es gibt spezielle Integrationskurse für Analphabeten und für Frauen. Das liest man auf der Internetseite des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Die Praxis ist allerdings ernüchternd: Solche Kurse kommen in kleineren Städten häufig nicht zustande, weil die Teilnehmerzahl zu gering ist. Lange Wege zur nächsten größeren Stadt, um solche Kurse zu besuchen, können gerade von Frauen oft nicht in Kauf genommen werden. Sie müssen ihre Kinder vor Unterrichtsbeginn in den Kindergarten bringen oder in die Schule schicken. Sie müssen die Kinder rechtzeitig wieder abholen bzw. zuhause sein. Bei 3 bis 4 Unterrichtsstunden pro Tag schaffen die Frauen das schon rein zeitlich nicht. Die Kinder länger im Kindergarten oder in einer Maßnahme für Schulkinder betreuen zu lassen, ist mit erheblichen Kosten verbunden. Dies ist für viele Familien nicht finanzierbar.

Viele MigrantInnen haben auch Probleme, die Stofffülle aus den Integrationskursen nachzuarbeiten. Gründe hierfür sind:

- Es muss parallel zum Kurs noch gearbeitet oder der Haushalt und die Kinder betreut werden.
- Man kennt keine Lern- und Arbeitstechniken, weil man so etwas in seiner Schulzeit nicht gelernt hat.

Die Deutschen denken, dass mit einer bestandenen Prüfung B1 alle Sprachprobleme behoben sind und die MigrantInnen alles selber regeln können. Das ist nicht der Fall. Die **Sprachpraxis, ein Teil des alltäglichen Vokabulars und wichtige Informationen über den Alltag in Deutschland fehlen** noch.

Wir müssen viel mehr Angebote schaffen, in denen Deutsche und MigrantInnen sich austauschen und miteinander aktiv sein können.

Ein weiteres großes Problem ist der **fehlende Kontakt zwischen MigrantInnen und Deutschen**. Eine schlimme Folge dieser Kontaktarmut ist das Verlernen der mühsam erworbenen Sprachfähigkeiten.

Viele MigrantInnen würden sich gerne mit Deutschen unterhalten, finden aber keine Gelegenheit dazu. Viele Deutsche wiederum sagen, dass sie keinen Kontakt zu

MigrantInnen aufbauen können, weil die auf Fragen nicht antworten und auch sonst nichts erzählen. Die Gründe, die den Verständigungsschwierigkeiten zwischen Deutschen und MigrantInnen zugrunde liegen, sind nicht einfach zu beheben. Einige Gründe sind:

- Für Deutsche ist es zu mühsam, sich auf eine andere Art der Kommunikation einzustellen.
- MigrantInnen können vieles nicht verstehen, weil zu schnell, zu kompliziert und evtl. auch mit Dialekt gesprochen wird.
- Es gibt zu wenig Gesprächsinhalte, über die man sich unterhalten kann. Für MigrantInnen sind z. B. der nächste Skiurlaub, für die geduldete Mutter das Erziehungsgeld, für Deutsche das Opferfest kein Thema. So wissen beide Seiten oft nicht, wie sie ein Gespräch beginnen oder worüber sie reden sollen.

Unsere Erfahrung ist, dass es viele MigrantInnen gibt, die gerne Kontakt mit Deutschen, aber auch mit MigrantInnen aus anderen Ländern aufbauen möchten. Sie erzählen gerne und ausführlich über ihre Kultur. Sie diskutieren gerne über aktuelle Themen, die die Öffentlichkeit bewegen, z. B. die Katastrophe von Fukushima oder die EHEK-Krise. Sie hören gerne etwas über das Leben in Deutschland. Sie möchten aktiv sein und haben gerne Spaß. Sie vermissen deshalb entsprechende Kontaktmöglichkeiten sehr.

Wir müssen viel mehr Angebote schaffen, in denen Deutsche und MigrantInnen sich austauschen und miteinander aktiv sein können. Hierzu müssten die bestehenden Vereine mehr beitragen und neue Angebote geschaffen werden.

Die Deutschen sagen immer, dass sie ja alles zur Verfügung stellen und die MigrantInnen nur zu kommen brauchen. Das funktioniert sicher gut in den Fußballabteilungen der Sportvereine für Jungen. Viele Vereine antworten jedoch nicht einmal, wenn man bei Ihnen anfragt, ob interessierte MigrantInnen bei ihnen mitmachen können. Hier müsste vonseiten der Politik, aber auch auf kommunaler Ebene der Verwaltung mehr Aufklärung und Werbung für mehr Miteinander gemacht werden.

Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse

Obwohl es ein neues Rahmengesetz des Bundes zur Anerkennung ausländischer Abschlüsse gibt, haben noch nicht alle Bundesländer die neuen Vorgaben in Landesrecht umgesetzt. Selbst in den Bundesländern, in denen dies geschehen ist,

Warum kann ein Installateur oder Elektriker nicht genauso wie eine Krankenschwester aus Sri Lanka fortgebildet werden, eine Prüfung ablegen und wieder qualifiziert arbeiten?

bleibt es äußerst kompliziert. Recherchieren Sie doch bitte einmal im Internet, um herauszufinden, wo und wie Sie Ihren Abschluss anerkennen lassen könnten, wenn Sie z. B. aus dem Irak kämen.

Die Beschreibung des Verfahrens für die Anerkennung der Abschlüsse und die Auflistung der Zuständigkeiten verschiedener Stellen ist kompliziert. Es müsste deutlich mehr Informationen

zu den Verfahren und den Unterlagen geben, die eingereicht werden müssen. Warum kann es nicht eine zentrale Stelle dafür geben? Diese könnte die Vollständigkeit aller notwendigen Unterlagen prüfen und diese dann an die Stelle, die die Entscheidung fällt, weiterleiten. Alternativ könnten auch die Anforderungen für die einzelnen Berufe veröffentlicht werden. **Jeder, der einen ausländischen Bildungsabschluss in einem Beruf erworben hat, müsste das Recht auf eine entsprechende (Nach-) Prüfung haben.** Er könnte sich dann selber über die Anforderungen informieren und sehen, in welchen Bereichen dieses Berufs er sich noch weiterbilden muss.

Selbstverständlich können nicht alle Berufsabschlüsse anerkannt werden. Ein Lehrer aus China kann nicht einfach in einer deutschen Schule als Lehrer eingesetzt werden. Ähnliches gilt z. B. auch für Juristen. Es gibt aber viele Berufe, bei denen dies durchaus möglich wäre. Deren Abschlüsse werden jedoch nicht anerkannt bzw. die Personen können keine passende Weiterbildung machen, um dann wieder in ihrem Beruf zu arbeiten. Warum können z. B. Facharbeiter aus Sri Lanka nicht fortgebildet

werden, eine Prüfung ablegen und bald wieder in ihrem Beruf arbeiten? Dies ist bisher nur in Einzelfällen möglich. Wir brauchen in Zukunft viele qualifizierte Arbeitskräfte in Deutschland. Deshalb sollte das vorhandene Potenzial der MigrantInnen genutzt werden. Das wäre zum Vorteil des Einzelnen und der Gesellschaft.

Qualifizierungsmaßnahmen

In Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und einem hohen Anteil von MigrantInnen kommt es zu besonderen Spannungen zwischen Deutschen und MigrantInnen, z. B. in vielen großen Städten des Ruhrgebiets und in Berlin. Die Deutschen sehen die MigrantInnen als Konkurrenz um Arbeitsplätze an und haben das Gefühl, dass die MigrantInnen die Sozialkassen ungerechtfertigt belasten. Diese Situation birgt gesellschaftspolitischen Sprengstoff.

In solchen Brennpunkten müssten gezielt Qualifizierungsmaßnahmen angeboten werden, um mehr Menschen in Arbeit zu bringen. Außerdem müsste für einen Umzug in andere Gebiete, in denen Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, geworben bzw. finanzielle Hilfen dafür angeboten werden.

Schule und Ausbildung

Die Schul- und Ausbildung von MigrantInnen ist vielfach problematisch. Die Deutschen denken oft, dass den MigrantInnen die Schulbildung ihrer Kinder egal ist, weil „sie sich darum zu wenig kümmern“. Vielen Migranteneltern ist es aber äußerst wichtig, dass ihre Kinder einen guten Schulabschluss und anschließend eine Ausbildung machen. Sie können ihre Kinder jedoch häufig nicht dabei unterstützen. Es gibt unter anderem folgende Probleme:

- Kinder und Eltern kennen das deutsche Schulsystem oft nicht.
- Die Erziehungs- und Bildungsziele des deutschen Bildungssystems sind häufig unbekannt.
- Fachlich können nur wenige Eltern ihre Kinder unterstützen.
- Die Eltern wissen oft nicht, welche Dinge zuhause wichtig sind, damit ein Kind gut lernen kann, z. B. eine ruhige Umgebung, keine Ablenkung durch einen laufenden Fernseher, genug Zeit für die Hausaufgaben und zum Lernen.
- Der Sinn von besonderen schulischen Veranstaltungen ist häufig unbekannt, z. B. von Schulausflügen, Theater- und Museumsbesuchen.
- Spezielle Angebote zur Unterstützung von Kindern mit Lern- oder Sprachschwierigkeiten werden häufig als diskriminierend empfunden, weil nicht verstanden wird, warum es gut ist, daran teilzunehmen.
- Die Kinder stehen auch oft unter Druck, weil die Eltern gute Noten von ihnen erwarten.

Migrantenkinder sind oft frustriert, weil ihr Lernerfolg mäßig ist oder ausbleibt. Gleichzeitig sehen sie die Freiheiten, die die deutschen KlassenkameradInnen haben, wäh-

Migrantenkinder geraten oft in ein Spannungsfeld ganz unterschiedlicher Erziehungsstile.

rend sie zuhause streng erzogen werden. Hinzu kommen die allgemeinen Probleme der Pubertät und die normalen Eltern-Kind-Konflikte, die sich in der Ablösephase zunehmend verstärken. Migrantenkinder werden meist strenger erzogen als ihre deutschen AltersgenossInnen. Eine strenge Erziehung führt häufig zu stärkeren Eltern-

Kind-Konflikten. Gleichzeitig beanspruchen Migrantenkinder zumindest einen Teil der Freiheiten für sich, die deutsche Kinder ihnen vorleben.

Viele Migranteltern erziehen ihre Kinder kollektivistisch, das heißt, dass die Gemeinschaft im Vordergrund steht und nicht das Individuum. Das deutsche Bildungssystem erzieht zu selbstbewussten Individuen, die tolerant gegenüber ihrer Umgebung sein sollen. Migrantenkinder geraten so in ein Spannungsfeld ganz unterschiedlicher Erziehungsstile. Sie verlieren die Orientierung, oft auch den Respekt vor ihren Eltern und den LehrerInnen. Sie können deshalb weder von den Eltern noch von den LehrerInnen Dinge annehmen und halten Regeln nicht (mehr) ein. Der Unterricht in der Schule wird zur Last. Es gibt keine Lernerfolge mehr. Gerade bei männlichen Jugendlichen wird Aggressivität zum Ventil für den dadurch aufgestauten Frust.

Der Grundstein für den Schulerfolg wird schon sehr früh in der Kindheit gelegt, wie Experten meinen. Wichtige Komponenten sind:

- Das richtige Lernen der Muttersprache inklusive der grammatischen Strukturen
- Förderung der Sprachfähigkeiten durch Singen von Kinderliedern, Sprechen von Reimen beim Spielen, Vorlesen, Erklären, Erzählen, Ermuntern zu fragen
- Beschäftigung mit Büchern zur Leseförderung
- Förderung der Feinmotorik durch Fingerspiele oder spezielle andere Spiele sowie durch Basteln schon im Kleinkindalter

In vielen Kulturen hat die Beschäftigung mit dem Kind keine Tradition, weil der Broterwerb, der Haushalt und die Familie notgedrungen im Vordergrund stehen/standen. Wie wichtig die Förderung eines Kindes schon vor der Kindergartenzeit ist, ist MigrantInnen deshalb häufig nicht bekannt. Auch fehlt oft das Wissen, dass es besser ist, zuerst die Muttersprache gut zu lernen. So wird versucht mit den Kindern Deutsch zu sprechen, wobei die Kinder viele Fehler übernehmen. Dies führt häufig zur „doppelten Halbsprachlichkeit“, also des Nicht-Beherrschens der Muttersprache und von Deutsch. Der Kindergarten kann all die Defizite der frühkindlichen Entwicklung nicht aufholen, auch nicht bei besonders intensiver Förderung.

Die Diskussion über den frühen Besuch von Kindertagesstätten zum Zwecke einer möglichst frühen Förderung und dem Betreuungsgeld geht an der Realität vorbei. Wissen Sie, wie viel es kostet, wenn ein Kind unter drei Jahren eine Betreuungseinrichtung besucht? Wissen Sie, wie schwierig es ist, dafür überhaupt finanzielle Hilfen zu bekommen, vor allem wenn ein Elternteil nicht arbeitet und das Kind zuhause be-

treuen könnte? Wissen Sie, wie viele Eltern einen Betreuungsplatz für ihr kleines Kind suchen, weil sie arbeiten müssen oder wollen?

Die Realität ist folgende: Es gibt zu wenig Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren. Es können praktisch nur Kinder von Eltern berücksichtigt werden, die arbeiten. Ein Betreuungsplatz ist gerade für die Eltern nicht finanzierbar, deren Kinder von einer frühen Förderung besonders profitieren könnten.

Außerdem ist die traditionelle Rolle der Frau in Migrantenfamilien, dass sie sich um den Haushalt und die Kinder kümmert. Sie wird ihr kleines Kind zuhause betreuen, bis es mit drei Jahren in den Kindergarten kommt. Der Kindergartenbesuch ist den meisten Migranteneltern wichtig, weil ihre Kinder im Kindergarten gut Deutsch lernen. Warum schon die ganz Kleinen in eine Betreuungseinrichtung gehen sollen, ist für Migranteneltern nicht ersichtlich. Würden die Deutschen ihnen sagen, dass es wichtig ist, weil die Kinder zuhause nicht genug gefördert werden, würde dies sicher als Diskriminierung verstanden. Diese Probleme lassen sich nur durch gute, einfühlsame Informationen und den Einsatz von beträchtlichen finanziellen Mitteln lösen.

Vielleicht sollte man bei der Diskussion dieser Fragen auch folgenden Aspekt mit einbeziehen: Heute ist unumstritten, dass Kindertagesstätten/Kindergärten einen Bildungsauftrag haben. Dieser wird in Zukunft noch erweitert werden. Damit unterscheiden sie sich prinzipiell nicht von den Schulen, die ja ebenfalls einen Bildungsauftrag haben. Der Schulbesuch ist jedoch im Gegensatz zum Besuch einer Kindertagesstätte/eines Kindergartens kostenlos.

Wenn die Deutschen wollen, dass gerade die Kinder, die besondere Förderung brauchen, möglichst früh die Kindertagesstätten besuchen, sollte dies zumindest für bestimmte Einkommensgruppen kostenlos sein. Das würde den Einsatz erheblicher finanzieller Mittel bedeuten, was bei knappen Kassen immer ein besonderes Problem darstellt. Allerdings können wir es uns langfristig in Deutschland keinesfalls leisten, untere Lohngruppen durch Aufstockerleistungen und in Zukunft immer mehr ältere Menschen über Sozialleistungen zu finanzieren. Eine gute Ausbildung und eine gute Arbeit

Eine gute Ausbildung und eine gute Arbeit helfen dem Einzelnen, aber noch mehr der Gemeinschaft, die von den Zahlungen jedes Einzelnen in die Sozialkassen profitiert.

helfen dem Einzelnen, aber noch mehr der Gemeinschaft, die von den Zahlungen jedes Einzelnen in die Sozialkassen profitiert.

In den meisten Bundesländern wird Englisch als erste Fremdsprache gelehrt. Im Saarland ist aus gutem Grund Französisch die erste Fremdsprache. In den Regionen Deutschlands, in denen viele türkischstämmige MigrantInnen leben, wäre es gut, Türkischunterricht als Arbeitsgemeinschaft anzubieten. Dies hätte zwei große Vorteile:

- Es würde ein Zeichen des Respekts gegenüber den türkischstämmigen MigrantInnen gesetzt.
- Türkischstämmige Jugendliche hätten die Chance, ihre Muttersprache in Wort und Schrift richtig zu lernen.

Zudem ist es auch für deutsche SchülerInnen durchaus interessant, Türkisch zu lernen.

Der Vorschlag einer Türkisch-AG wurde leider in unserer Gemeinde von allen angesprochenen Schulen komplett ignoriert. Keiner der persönlich übergebenen Briefe diesbezüglich wurde beantwortet. Es drängt sich die Frage auf, ob so ein Vorschlag vonseiten der MigrantInnen es nicht wert ist, überdacht und beantwortet zu werden. Dies kann nur negative Gefühle bei unseren türkischstämmigen MitbürgerInnen hervorrufen. Solche Zeichen sollten die Deutschen nicht geben.

Auch das mancherorts diskutierte Verbot der türkischen Sprache auf deutschen Schulhöfen wird von türkischstämmigen MigrantInnen als Diskriminierung angesehen. Ob solch ein Verbot aus sprachpädagogischen Gründen sinnvoll ist, ist zudem sicher strittig.

Manchmal schämen sich sogar Migrantenkinder, in der Öffentlichkeit mit ihren Eltern in ihrer Muttersprache zu sprechen. Dies ist für die Eltern nur schwer zu ertragen, weil es für sie eine Verleugnung ihrer kulturellen Wurzeln bedeutet. Sie können sich nicht in einem Land integriert fühlen, in dem ihre Kinder sich dazu gedrängt sehen, ihre Herkunft zu verleugnen.

Lösungsansätze für die Sprach- und Bildungsprobleme

Die zentrale Frage, die sich zur Lösung vieler Probleme stellt, ist:

Wie können die Deutschen die MigrantInnen über die wichtigsten Regeln und Ziele der deutschen Gesellschaft informieren, ohne zu schulmeistern, die Gefühle der MigrantInnen zu verletzen und respektlos zu erscheinen?

Wenn auf diese Frage keine gute Antwort gefunden wird, werden alle Bemühungen der Deutschen zur Integration vergeblich sein. MigrantInnen können sich dann nicht mit Informationen auseinandersetzen und Angebote annehmen, seien sie auch noch so durchdacht und sinnvoll.

Viele Informationen werden im Kreis der MigrantInnen über persönliche Kontakte und „Mittler“ transportiert. Man kennt Personen, denen man vertraut und auf deren Rat man hört. Diesen Weg müssen die Deutschen sich erschließen. Welche Möglichkeiten gibt es hierfür:

- In den **Integrationskursen gibt es intensiven Kontakt zu vielen MigrantInnen**. Oft werden die LehrerInnen in diesen Kursen als positiv erlebt. Diese Chance sollte genutzt werden. Die LehrerInnen könnten in den Kursen häufiger als bisher gezielt über Angebote in den entsprechenden Gemeinden oder Stadtteilen informieren, z. B. über Kontaktmöglichkeiten zu anderen MigrantInnen und/oder Deutschen, Büchereien, kulturelle Angebote, Angebote für Eltern, Angebote zur Gesundheitsprophylaxe usw. Dies könnte als Tipp beim Unterricht des entsprechenden Themas oder am Ende eines Unterrichtstages einfließen und würde den Zeitrahmen der Kurse nicht sprengen.
- Die **Volkshochschulen könnten in Zusammenarbeit mit Ehrenamtlichen begleitende Kurse** zu den Integrationskursen anbieten. Diese müssten die Möglichkeit geben, sich über Themen des Kurses zu unterhalten und auch in-

haltliche Fragen zu diskutieren. Hierzu müsste eine andere Atmosphäre als die übliche Schulatmosphäre geschaffen werden. Diese Angebote müssten sehr preiswert oder kostenlos sein.

- Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, dass MigrantInnen nach den vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bezahlten Integrationskursen **weiter Deutsch sprechen/ lernen** können, damit das Deutsch nicht wieder verlernt wird. Auch hierfür müssten Kurse oder andere Angebote zu einem geringen Preis oder kostenfrei geschaffen werden. Unsere Erfahrung ist folgende: Gerade in solchen Angeboten kann man anhand von Geschichten, Zeitungsartikeln oder anderem Unterrichtsmaterial auf unterhaltsame Weise geschickt Wissen transportieren, ohne dass die Informationen als Schulmeister aufgenommen werden.
- Wünschenswert wären **langfristige Patenschaften zu Migrantenfamilien**. Es gibt inzwischen schon diverse Patenschaftsprojekte. Diese beginnen häufig erst in der Schulzeit. Gut wäre ein möglichst frühzeitiger Beginn von Patenschaften, sodass schon die Eltern eines Babys in Erfahrung bringen können, was für die Zukunft ihres Kindes wichtig ist. Man könnte versuchen, in Migrantenvereinen gut integrierte Personen zu finden, die solche Patenschaften übernehmen. Sie können ihren Landsleuten für Fragen zur Verfügung stehen oder Informationen geschickt in Gespräche einfließen lassen. Solche frühzeitigen Kontakte lassen sich möglicherweise knüpfen, wenn man bei FrauenärztInnen oder KinderärztInnen auf solche Patenschaften hinweist. Zudem erhalten junge Eltern meistens Schreiben von der Gemeinde. Auch in solchen Schreiben könnte man auf die Möglichkeit von Patenschaften hinweisen.

Die PatInnen werden natürlich im Laufe des Heranwachsens eines Kindes irgendwann wechseln müssen, sicher auch zu deutschen PatInnen. Bei diesen Wechseln wäre es sinnvoll, den neuen Paten durch den vorhergehenden einzuführen und die Übergabe überlappend zu gestalten. So kann sich Vertrauen zum neuen Paten aufbauen. Im Idealfall würden einem Kind vom Kleinkindalter bis zum Studium oder Berufseintritt PatInnen für alle Fragen und bei Problemen zur Seite stehen.

- In **Kindertagesstätten und Kindergärten** müsste ein **Schwerpunkt auf der Information von Eltern** allgemein und Migranteltern im Besonderen gelegt werden. Nur so können die Eltern verstehen, welchen Bildungsauftrag diese Betreuungseinrichtungen haben und Migranteltern langsam mit den Erziehungszielen des deutschen Bildungssystems vertraut gemacht werden. Dies müsste sachlich und ohne Wertung der Erziehungsstile erfolgen.
- Vor allem in sozialen Brennpunkten müsste es **deutlich mehr SozialarbeiterInnen vorzugsweise mit Migrationshintergrund** geben. Z. B. fällt es Migrantenkinder laut eigener Aussagen oft leichter, über ihre Schulprobleme mit SozialarbeiterInnen zu sprechen als mit ihren LehrerInnen. SozialarbeiterInnen könnten das Aggressionspotenzial von Jugendlichen senken.

- In den **Ganztagschulen** müsste es auch eine **individuellere Betreuung der SchülerInnen** geben. Vielfach wird bisher nur eine ruhige Atmosphäre geschaffen, damit die Hausaufgaben erledigt werden können. Die BetreuerInnen müssten ihre SchülerInnen kennen und sie individuell fördern.
- In Ganztagschulen müsste es mehr **und attraktivere Angebote für die SchülerInnen** geben, z. B. moderne Sportarten, bei denen sich die SchülerInnen richtig auspowern können, oder Kreativ- und Musikangebote, in denen Gefühle ausgedrückt werden können.
- Bei all diesen Projekten müsste versucht werden, **MigrantInnen schon in der Planungsphase einzubeziehen**. Es sollte MigrantInnen und Deutschen klar gesagt werden, wie und wo sie sich an solchen Projekten beteiligen können. Die Kompetenzen der unterschiedlichen Gruppen sollten dabei genutzt werden. Dies führt bei allen Beteiligten zu Erfolgserlebnissen und steigert die Motivation und Ausdauer zur Bewältigung ihrer Aufgaben.

Kommunales Wahlrecht

Ein wichtiges Zeichen der Anerkennung von MigrantInnen wäre das kommunale Wahlrecht für nicht-deutsche BürgerInnen. Das kommunale Wahlrecht sollte deshalb unbedingt eingeführt werden.

Damit MigrantInnen aber auch zur Wahl gehen und ihre demokratischen Rechte wahrnehmen, müssten sich die politischen Parteien intensiver um diese Wählergruppe bemühen. Das heißt: Sie müssten MigrantInnen mehr informieren, für diese Zielgruppe relevante Themen aufgreifen und auch in die Tat umsetzen. Dies wäre ein wichtiger Beitrag zur Integration.

Doppelte Staatsbürgerschaft

Viele MigrantInnen können nicht verstehen, warum der deutsche Staat keine doppelte Staatsbürgerschaft zulässt. Nicht nur für türkischstämmige MitbürgerInnen ist es unverständlich, dass sie ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft abgeben sollen, wenn sie die deutsche erwerben wollen. Sie sehen nur, dass es diverse Nationalitäten gibt, die ihre ursprüngliche Staatsbürgerschaft beim Erwerb der deutschen behalten können. *(EU-BürgerInnen können neben der deutschen Staatsbürgerschaft ganz legal ihre ursprüngliche behalten. Es gibt auch diverse Staaten, die ihre BürgerInnen nicht aus der Staatsbürgerschaft entlassen. Diese MigrantInnen können trotzdem die deutsche Staatsbürgerschaft erwerben und haben dann zwangsläufig die doppelte Staatsbürgerschaft.)*

Neben rein praktischen Erwägungen (z. B. die Möglichkeit zu längeren Aufenthalten ohne Visum oder Erbschaften im Herkunftsland) scheint vielfach das Gefühl, dass man in Deutschland nicht willkommen ist, der Grund für den Wunsch nach der doppelten Staatsbürgerschaft zu sein. Aber auch die emotionale Bindung an das Herkunftsland spielt hierfür eine Rolle. Man fühlt sich in Deutschland nicht zuhause und

hängt noch an seiner Heimat. Man möchte sich die Option einer Rückkehr offen halten. Dabei wird oft nicht berücksichtigt, dass die Rückkehr vielfach mit großen Schwierigkeiten verbunden ist (s. o.).

Die Politik müsste ganz klar Stellung zu folgenden Fragen beziehen:

- Soll eine doppelte Staatsbürgerschaft eingeführt werden oder nicht?
- Welche Gründe sprechen gegen eine doppelte Staatsbürgerschaft, wenn diese nicht eingeführt werden soll?
- Für welche Staatsangehörige gibt es Ausnahmen und warum?

Nur wenn man darüber informiert, können die MigrantInnen auch die Gründe für diese Regelung erkennen und müssen diese nicht als Diskriminierung auffassen.

Bau von Moscheen

Der Bau von Moscheen und Gebetsräumen hat immer wieder zu emotional aufgeheizten Debatten geführt. Dieses Problem müsste sowohl von den Politikern wie von der Verwaltung mit mehr Sensibilität angegangen werden. Außerdem ist Folgendes wichtig:

Klare Information: In Deutschland gilt die Meinungsfreiheit. Einsprüche und Demonstrationen sind ganz normale Vorgänge in diesem Land.

- Den Deutschen müsste klar gesagt werden, dass Muslime ein Teil der deutschen Gesellschaft sind. Damit haben sie auch ein Anrecht, ihre Religion auszuüben. Das müssen die Deutschen hinnehmen, wenn sie es schon nicht tolerieren können oder wollen.
- Den MigrantInnen müsste klar gesagt werden, dass es in Deutschland Meinungsfreiheit und

Bürgerbeteiligung bei Bauvorhaben gibt. Es muss deutlich gemacht werden, dass Einsprüche und Demonstrationen ganz normale Vorgänge in diesem Land sind. Es gibt nicht nur Aktionen gegen den Bau von Moscheen, sondern auch gegen den Bau von Bahnhöfen, Stromtrassen, Umgehungsstraßen oder Landebahnen.

Auch wenn beide Seiten solchen Argumentationen nicht gleich offen gegenüberstehen können, sollte man trotzdem damit beginnen, um den Weg zu einer Versachlichung der Diskussion einzuschlagen.

Zwangsehen

Das Rückkehrrecht für Frauen und Mädchen, die vor einer Zwangsehe flüchten oder aus ihr ausbrechen, sollte eingeführt werden. Diese Regelung ist aber nur dann sinnvoll, wenn zusätzlich umfangreiche unterstützende Maßnahmen geleistet werden können.

Wenn eine Frau sich der Zwangsehe widersetzt, bricht sie mit der Familie und ist Anfeindungen, möglicherweise auch Gewalt ausgesetzt. Sie verliert sämtliche sozialen Kontakte und ist häufig traumatisiert. Solche Frauen können sich nicht um die Sicherung des Lebensunterhalts, Wohnraum, Ausbildung oder Job kümmern. Sie müssen rundum versorgt, betreut und auf ihrem Weg in ein eigenes Leben langfristig begleitet werden. Dafür müssten entsprechende Mittel bereitgestellt und Anlaufstellen geschaffen werden.

Unterstützung für Frauen und Kinder aus streng konservativ-muslimischen Familien

Es ist schwierig, Informationen aus streng konservativ-muslimischen Familien zu erhalten. Auch wenn solche Familien nur eine Minderheit der muslimischen Familien darstellen, darf die deutsche Gesellschaft diese nicht übersehen. Das Leben der Frauen in diesen Familien ist deutlich schwieriger als in vielen anderen Migrantenfamilien. Die Kinder haben noch mehr Schwierigkeiten, sich in der deutschen Lebenswirklichkeit zurechtzufinden, als ihre übrigen AltersgenossInnen mit Migrationshintergrund.

Für die Deutschen ist es mehr als schwierig, sich diesem Problem sachlich zu nähern. Die deutsche Gesellschaft muss sich Folgendes immer wieder bewusst machen:

Es ist ein langwieriger und schwieriger Lernprozess, sich von erlernten tradierten Rollenbildern zu lösen – das gilt für Deutsche wie MigrantInnen gleichermaßen!

Die Männer, die in diesen Familien ihre unbedingte Autorität fordern, und die Frauen, die sich dem Mann unterordnen, sind durch ihre Kultur und Gesellschaft geprägt. Beide wurden entsprechend sozialisiert. Es ist sowohl für Männer wie für Frauen ein langwieriger und schwieriger Lernprozess, sich von dem erlernten tradierten Rollenbild zu lösen. Hinzu kommt, dass Männer und Frauen sich in einer ihnen völlig fremden Kultur und Gesellschaft neu orientieren

müssen. Dies können Erwachsene, egal wie groß oder klein die Unterschiede zwischen den Kulturen auch sind, nur bedingt, wie entsprechende Untersuchungen gezeigt haben. In einer völlig fremden Umgebung hält man aber selbstverständlich an Bekanntem fest, weil das die einzigen Fixpunkte sind, die einem Halt bei der Neuorientierung geben können.

Was heißt das für diese Familien? Die Männer wollen ihre Familien vor den vielen, in ihren Augen schlechten, Einflüssen von außen bewahren. Deshalb versuchen sie, ihre Familie möglichst fern von diesen Einflüssen zu halten. Da die Kinder zur Schule gehen müssen, ist das bei den Kindern nur bedingt möglich. Für Frauen ist die Situation anders. Ihnen wird häufig untersagt, Kontakte außer Haus zu haben. Das gilt oft auch für Kontakte zu Frauen aus dem gleichen Kulturkreis aus Furcht, diese könnten schon schlechten Einflüssen unterliegen. Für die Frauen wiederum ist die Familie die einzige gesicherte Lebenssituation. Sie wissen manchmal gar nichts über ihre neue Umgebung und sprechen oft kein Deutsch.

Wichtig ist auch folgender Aspekt: In vielen Gesellschaften steht bei den üblicherweise arrangierten Ehen den Familien der Ehepartner eine regulierende Mitsprache zu, wenn es Probleme in der Ehe gibt. Dieses Mitspracherecht wird genutzt und die Ehe-

leute akzeptieren dies auch. Das heißt z. B.: Wenn ein Mann seine Frau in den Augen ihrer Familie zu schlecht behandelt, wird ihr Vater eingreifen und auf den Ehemann einwirken. Sollte dies keinen Erfolg haben, wird der Kreis derer, die Druck auf den Ehemann ausüben, größer. Meistens wird er sich diesem Druck beugen und seine Frau besser behandeln. Problematisch wird die Situation allerdings, wenn die Familie der Frau keine Kenntnis von Schwierigkeiten in der Ehe hat, mit dem Ehemann schwer Kontakt aufnehmen und auch nicht kontrollieren kann, ob er sein Verhalten ändert. Dies ist z. B. dann der Fall, wenn die Frau (weit) entfernt von ihrer Familie lebt.

Die Situation der Frauen in solchen Familien kann geprägt sein durch:

- Kontaktarmut, Sprachlosigkeit und fehlendes Wissen über das Leben in Deutschland (*also auch über bestehende Hilfsangebote*) aufgrund der Abschottung
- Gewaltandrohung und/oder häusliche Gewalt, manchmal bis hin zu Todesdrohungen
- Drohungen vonseiten des Ehemanns, sie wieder in die Heimat zurückzuschicken (*vom Ehemann wird oft dafür gesorgt, dass sie keine deutsche Staatsbürgerschaft erhält, auch wenn er selbst und die Kinder sie längst haben*)
- Drohungen vonseiten des Ehemanns, sie von den Kindern zu trennen, oder ihr die Kindern ganz zu entziehen durch die Meldung ans Jugendamt, dass die Kinder sehr schwierig sind

Den betroffenen Frauen direkt zu helfen, ist fast unmöglich. Versuche der Kontaktaufnahme von außen oder gut gemeinte Eingriffe können die Situation für solche Frauen noch schwieriger machen. Deshalb muss bei Hilfestellungen sehr sensibel und zurückhaltend vorgegangen werden. Manchmal schaffen es die Frauen auch, sich kleinere Freiheiten selber zu erstreiten wie z. B. Kontaktaufnahme zu anderen Frauen muslimischer Herkunft oder sogar den Besuch von Krabbelgruppen oder Deutschkursen, wenn dort nur Frauen hingehen. Dafür müsste es mehr Angebote geben, auch wenn die Zahl der Nutzerinnen immer gering bleiben wird. Dann können sich die Ehemänner langsam an die Situation gewöhnen, dass ihre Frauen selbstbewusster und selbstständiger werden, trotzdem aber die ihnen zugeteilte Rolle in der Familie und die Werte nicht komplett beiseiteschieben. Im Laufe der Zeit wird für die Männer auch erkennbar, dass es für sie eine große Arbeitserleichterung ist, wenn die Frau sich um die Arztbesuche der Kinder, Kindergarten- und Schulangelegenheiten, Einkäufe und Ähnliches selbstständig kümmern kann. Diese Sichtweise sollte auch durch entsprechende Informationen unterstützt werden. Dies könnte u. a. in Integrationskursen erfolgen, an denen die meisten Männer aus diesen Familien teilnehmen, um Deutsch zu lernen.

Laut Aussage von Betroffenen sind die Probleme in Familien mit ähnlichen Konstellationen in den europäischen Ländern, in denen es verpflichtende Sprachkurse gibt, deutlich geringer. **Deshalb sollte man in Deutschland auch über verpflichtende, kostenlose Sprachkurse nachdenken und mehr Kurse nur für Frauen schaffen.** Dies würde auf dem Weg zu einer langsamen Öffnung dieser Familien eine wichtige Brücke sein. Dabei muss auch beachtet werden, dass die Männer den Frauen die Teilnahme oft nicht erlauben wollen. Es werden dann solche Argumente angeführt, dass nicht genug Geld für die Fahrtkosten zur Verfügung steht, dass die Frau An-

alphabetin ist, dass sie krank ist usw. Deshalb wäre es wichtig, schon im Vorhinein zu überlegen, wie man mit solchen Argumenten umgeht. Denn das Ziel einer solchen Maßnahme müsste sein, dass alle Frauen an solchen Kursen teilnehmen.

Eine langsame Entwicklung hin zu mehr Freiheiten für die Frauen gelingt zurzeit noch selten. Manchmal hilft den Frauen nur ein radikaler Schnitt zu ihrem vorherigen Leben. Dies erfordert allerdings sehr viel Mut und Kraft. Die können nur wenige der Betroffenen aufbringen. Die Trennung vom Ehemann und das Verlassen der schwierigen, aber gesicherten Lebenssituation kann nur gelingen, wenn den Betroffenen umfassende Unterstützung für den Alltag und einen Neuanfang zuteilwird. Eine wichtige Anlaufstelle, die in den Augen der Betroffenen großartige Hilfe leistet, sind die Frauenhäuser. Sie müssten personell und finanziell für diese wichtige Arbeit besser ausgestattet werden.

Für Kinder aus solchen Familien ist es äußerst schwierig, eine Orientierung zwischen streng konservativ-muslimischer Erziehung und dem Erziehungsziel zum selbstbewussten, toleranten Individuum zu finden. Bleibt dann noch der Erfolg in der Schule aus, geraten gerade diese Jugendlichen in ein kaum auflösbares Spannungsfeld. Dies muss sich die deutsche Gesellschaft bewusst machen und gerade Kinder aus solchen Familien von Anfang an intensiv unterstützen. Dies könnte durch sensible ErzieherInnen und LehrerInnen, spezielle Förderangebote und den Versuch, **Paten-schaften** zu initiieren, begonnen werden. Die **Unterstützung solcher Kinder und Jugendlicher ist unbedingt notwendig**. Wer seinen Platz in der Gesellschaft nicht finden kann, frustriert ist und keine Zukunftsperspektive sieht, ist anfälliger für Indoktrinierung und Radikalisierung. Die deutsche Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass Jugendliche in diese Situation geraten und sich gegen die Gesellschaft richten. Wer jedoch eine gute Perspektive oder eine (gute) Arbeit und damit sein Auskommen gefunden hat, wird meist auch seinen Platz in der deutschen Gesellschaft finden. Er hat dann etwas zu verlieren, wird sich mehr Gedanken über sein Leben machen und ist auch weniger aufgeschlossen gegenüber Indoktrinierung.

Wohnsituation – Durchmischung von Wohngebieten

Viele MigrantInnen leben in Wohnungen, die von Deutschen überhaupt nicht mehr bewohnt werden wollen. Ganze Stadtteile, die ihre besten Zeiten hinter sich haben, dienen MigrantInnen als Zuhause. Das fördert die Bildung von Parallelgesellschaften, weil der Kontakt zu Deutschen schon aufgrund der räumlichen Trennung unwahrscheinlicher wird.

Natürlich ist es schwierig, steuernd in den Wohnungsmarkt einzugreifen. Langfristig gesehen sollte aber auch auf diesem Sektor etwas geschehen. So sollte z. B. konsequent an folgenden Punkten gearbeitet werden:

- Vermieter sollten ihre Häuser nicht „verkommen“ lassen dürfen, um sie dann zwar preiswerter als andere Wohnungen aber für den baulichen Zustand überteuert an MigrantInnen zu vermieten.
- Es müsste mehr Wohnraum geschaffen werden, der auch für untere Lohngruppen erschwinglich ist.

- Sozialwohnungen sollten nicht mehr als riesige Wohnsilos gebaut werden, die die Anonymisierung der Bewohner und eine Gettoisierung begünstigen und dadurch zu sozialen Brennpunkten werden. Wünschenswert wären kleinere Mehrfamilienhäuser mit Sozialwohnungen in Stadtteilen, die ansonsten von der Mittelschicht bewohnt werden.

Flüchtlinge in Deutschland

Haben Sie schon einmal Gespräche zwischen Flüchtlingen und Deutschen verfolgt, die sich gerade kennenlernen? Ist Ihnen dabei auch Folgendes aufgefallen: Die Deutschen interessieren sich sehr für das Schicksal von Flüchtlingen. Sie fragen detailliert, welche Gründe zur Flucht aus der Heimat geführt haben und wie die Flucht

Die allermeisten Deutschen wissen überhaupt nichts über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Sie kennen auch nicht den Unterschied zwischen Flüchtlingen und MigrantInnen.

abgelaufen ist. Die Flüchtlinge möchten diese Fragen eigentlich überhaupt nicht beantworten. Der Höflichkeit halber sagen sie dann doch ein paar Sätze dazu, die aber sehr oberflächlich sind. Danach fragen die Deutschen immer, wie lange denn die Flüchtlinge schon in Deutschland sind. Sie sind dann unangenehm berührt, wenn sich herausstellt, dass die Flüchtlinge schon Jahre hier sind und immer noch schlecht bis sehr schlecht Deutsch sprechen.

Was zeigen uns solche Gespräche?

- Die Deutschen möchten mehr über das Leben von Flüchtlingen erfahren.
- Die Deutschen gehen selbstverständlich davon aus, dass die Flüchtlinge, die in ihrer Heimat schwere Zeiten durchlebt haben, hier Asyl bekommen und ihnen geholfen wird, ein neues Leben zu beginnen.
- Die Flüchtlinge können oft über die traumatischen Ereignisse, die ihrer Flucht vorausgingen, nicht sprechen.
- Die Flüchtlinge können oft auch nicht über ihre Zukunft in Deutschland sprechen, weil sie keine Perspektive sehen.

Die allermeisten Deutschen wissen überhaupt nichts über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland. Nur diejenigen, die von Amts wegen mit Flüchtlingen zu tun haben oder sich für Flüchtlinge engagieren, kennen die tatsächliche Situation. Warum ist das so?

Die Flüchtlinge selber können aufgrund von Sprachproblemen oder Kontaktarmut nicht über ihre Probleme mit Deutschen sprechen. Offizielle Stellen und die Politik haben kein Interesse daran, die Bevölkerung über die Situation aufzuklären, denn es würde Folgendes eintreten:

- Viele Deutsche wären entsetzt über die äußerst prekäre Lage, in der sich Flüchtlinge hier befinden. Sie würden durchaus eine Diskrepanz in der Behandlung dieser Menschen im Vergleich zu den Regeln unseres Grundgesetzes feststellen.
- Gleichzeitig würden diverse Deutsche, die die Unterstützung von Flüchtlingen radikal ablehnen, fordern, dass alle Flüchtlinge Deutschland verlassen müssen.

Die Leidtragenden der derzeitigen Situation sind die Schwächsten in diesem System: die außerhalb unserer Gesellschaft stehenden Flüchtlinge. Sie haben nur wenig Chancen, überhaupt ein Teil unserer Gesellschaft zu werden.

Kaum ein Deutscher kennt die Unterschiede zwischen Asyl, Aufenthalt und Duldung, obwohl diese Titel für die Chancen auf ein normales Leben und eine lebenswerte Zukunft von entscheidender Bedeutung sind. Registriert wird bei Flüchtlingen nur, wie gut jemand Deutsch spricht. Diese Sichtweise wird der Problematik der Flüchtlinge nicht gerecht.

In unserer globalisierten und von Konflikten geprägten Welt können wir uns nicht einfach der Flüchtlingsproblematik verweigern. Wir müssen sie offen diskutieren und uns zu unserem Umgang mit den Flüchtlingen bekennen. Wenn offizielle Stellen und Politiker vor dieser Offenheit zurückschrecken, müssen sie sich folgende Fragen gefallen lassen:

- Warum werden die Deutschen über den Umgang mit Flüchtlingen nicht aufgeklärt?
- Kann man die derzeitige Praxis gegenüber den Flüchtlingen nicht ausreichend begründen?
- Wenn man die Praxis nicht begründen will oder kann, müsste sie dann nicht geändert werden?

De facto wird vielen Flüchtlingen, von denen die meisten gerade mit großen Hoff-

Vertreibung, Krieg, Unterdrückung und Hungersnöte waren zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte Gründe, seine Heimat zu verlassen. Die Verhältnisse in den Heimatländern der Flüchtlinge so zu gestalten, dass sich keine Menschen mehr gezwungen sehen, zu flüchten, ist eine Illusion.

nungen den traumatischen Erlebnissen ihrer Heimat entronnen sind, hier ein weiteres Trauma bereitet. Sie müssen das Asylbewerberverfahren durchlaufen und sich strikten Auflagen unterwerfen. Zu diesen Auflagen gehört unter anderem auch das prekäre Leben in Asylbewerberheimen (s. u.). Die Asylanträge werden unter einem sehr rigiden Blickwinkel bearbeitet, sodass nur etwa ein Drittel der Antragsteller Asyl oder einen Aufenthalt erhält. Selbst für normale deutsche BürgerInnen sind die Entscheidungen und deren Begründungen oft nicht

nachvollziehbar, wenn man sie mit den Erzählungen von Betroffenen sowie deren offensichtlichen Narben und Gesundheitsproblemen aufgrund von Gewaltanwendung in Beziehung setzt.

Deutschland kann nicht alle Flüchtlinge aufnehmen, die ins Land kommen. Das ist eine Tatsache. Doch bei der manchmal recht aufgeheizten Debatte muss man auch folgende Tatsache berücksichtigen: Vertreibung, Krieg, Unterdrückung und Hungersnöte waren zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte Gründe, seine Heimat zu verlassen. Die Verhältnisse in den Heimatländern der Flüchtlinge so zu gestalten, dass sich keine Menschen mehr gezwungen sehen, zu flüchten, ist eine Illusion. Wir können nur versuchen, in diese Richtung zu arbeiten, und sollten es auch tun. Flücht-

lingsströme abzuschneiden, wird uns trotzdem nicht gelingen. Diesen Tatsachen müssen wir uns stellen. In der Praxis zeigen uns dies schon die Wanderungsbewegungen innerhalb der EU, vor allem natürlich die Problematik der Flüchtlinge aus den armen osteuropäischen Mitgliedsländern.

Häufig wird das Argument angeführt, dass wir es den Flüchtlingen, die zu uns kommen, nicht zu leicht machen dürfen, sonst würde dies den Flüchtlingsstrom vergrößern. Zu diesem Argument drängen sich folgende Fragen auf:

- Wissen wir denn überhaupt, wie gut potenzielle Flüchtlinge in ihrer Heimat über die Situation von Flüchtlingen in Deutschland informiert sind?
- Würden diese Informationen überhaupt eine Rolle bei der Entscheidung zur Flucht und der Auswahl des Fluchtziels spielen, wenn Leib und Leben durch Krieg, Folter oder Hunger bedroht sind?
- Lässt sich durch die prekäre Behandlung von Flüchtlingen ein uraltes Menschheitsproblem wirklich lösen?
- Ist es legitim, ein generelles Problem auf den Schultern weniger Menschen auszutragen?

Bearbeitung von Asylanträgen

Nach der letzten Gesetzesänderung hat sich die Bearbeitung von Asylanträgen deutlich verkürzt. Trotzdem überschreitet sie häufig noch die gesetzlichen Vorgaben. Es müsste genug Personal für eine gründliche und zügige Bearbeitung der Anträge eingestellt werden.

In unserem Staat gilt vor dem Gesetz immer die Unschuldsvermutung. Außerdem muss im Zweifelsfall immer für den Angeklagten entschieden werden. Demgegenüber wird schon beim genaueren Hinsehen in der öffentlichen Debatte über die Flüchtlingsproblematik deutlich, dass vielfach den Flüchtlingen von vornherein unterstellt wird, dass sie nur vom guten Leben in unserem Land „ein Stück abhaben wollen“. Damit unterstellt man aber gleichzeitig auch, dass ihre Fluchtgründe nur vorge-schoben sind. Das wirft die Frage auf, ob sich Behörden und Gerichte dieser Denkweise wirklich komplett entziehen und immer unvoreingenommen die Anträge und Klagen bearbeiten können.

Aufenthalt aus humanitären Gründen

Die Flüchtlinge, denen ein Aufenthalt aus humanitären Gründen, gewährt wird, stehen häufig unter einem enormen Druck. So ein Aufenthalt wird zunächst immer nur befristet erteilt. In vielen Fällen müssen sie für die Verlängerung ihres Aufenthalts nachweisen, dass sie für ihren Lebensunterhalt selber aufkommen können, also keine Sozialleistungen beziehen. Dies ist praktisch nur schwer erreichbar. Die deutsche Sprache konnte kaum erlernt werden (s. u.) und der Zugang zum Arbeitsmarkt ist äußerst schwierig (*Nachrangigkeit auf dem Arbeitsmarkt – s. o.*). Für solche Perso-

nen kommen nur Hilfsarbeiterjobs infrage, von denen man aber sowieso meist den Lebensunterhalt nicht bestreiten kann, selbst wenn man Vollzeit arbeitet. Wie soll man unter diesen Bedingungen nachweisen, dass man unabhängig von Sozialleistungen ist?

Für die Verlängerung von Aufhalten aus humanitären Gründen müssten die Kriterien gelockert werden. Der Nachweis, dass sich intensiv um Arbeit und Integration bemüht wurde, ein 400-Euro-Job oder eine Teilzeitstelle müssten als ausreichend anerkannt werden.

Situation in der Duldung

Das Leben in der Duldung ist für die Betroffenen kaum erträglich, obwohl die Duldung ein legaler Aufenthaltstitel ist. *(Personen, deren Asylantrag abgelehnt und denen auch kein Aufenthalt gewährt wurde, müssen Deutschland verlassen. Sie sind „ausreisepflichtig“. Wenn sie nicht freiwillig ausreisen, werden sie nach mehrmaliger Aufforderung zur Ausreise zwangsweise abgeschoben. In bestimmten Fällen (s. u.) wird jedoch die Abschiebung vorläufig ausgesetzt. Die Betroffenen werden dann in Deutschland geduldet.)* Die Duldung ist mit vielen Auflagen verbunden. Mit diesen ist es schwierig, zu leben. Was darüber hinaus als wirklich unerträglich empfunden wird, ist die Unsicherheit, abgeschoben zu werden. Noch unerträglicher ist es, dass überhaupt nicht absehbar ist, wann dieser Zustand endet und vor allem, wie er endet. Für Deutsche ist es kaum nachvollziehbar, welche Ängste, manchmal auch Todesängste, mit dieser Situation einhergehen, zumal ja traumatische Erlebnisse in der Heimat und die Flucht der Duldung vorausgingen. Die Ängste prägen das Leben der Betroffenen und werden sich auch im Laufe des weiteren Lebens nicht ganz verlieren.

Es gibt Menschen, die leben weit mehr als 10 Jahre in der Duldung. Wir kennen mehrere davon persönlich. **Es gibt sogar Menschen, die in der Duldung alt und gebrechlich werden.** Wir kennen auch so eine Person. Uns bereitet es große Sorgen, wenn wir an die Zukunft dieser Person denken. Irgendwann in nicht allzuferner Zukunft wird sie pflegebedürftig werden. Was passiert dann mit dieser Person? Ist im Asylbewerberleistungsgesetz vorgesehen, dass Kosten für ein Pflegeheim bezahlt werden? Welche andere Stelle übernimmt in so einem Fall die Finanzierung eines Heimaufenthalts? Schickt man diese hilflose Person gar in ihre frühere Heimat zurück, in der sie kein soziales Netz mehr besitzt?

In die Duldung rutschen Personen im Wesentlichen aus zwei Gründen:

- Asyl oder ein Aufenthalt wurden nicht gewährt. Trotzdem wird die Abschiebung von den Behörden aufgeschoben, weil die Verhältnisse im Heimatland bekanntermaßen schlecht sind. Zurzeit wird nach unserer Kenntnis z. B. nicht in den Iran, Irak und nach Afghanistan abgeschoben.

- Asyl oder ein Aufenthalt wurden nicht gewährt. Die Betroffenen besitzen keine gültigen Pässe und beschaffen auch keine. Ohne gültige Pässe lassen die meisten Länder Personen nicht einreisen. Das führt dazu, dass viele der Betroffenen nicht in ihre Heimat abgeschoben werden können. Aus Behörden-sicht erzwingen diese Personen so ihre Duldung.

Es stellt sich die Frage, warum Personen, denen die Behörden nicht zumuten wollen, in ihre Heimat zurückzukehren, nicht nach wenigen Jahren einen Aufenthalt zu-erkannt bekommen. Durch die amtliche Praxis wird ja im Prinzip anerkannt, dass diese Personen einen Grund haben, hierzubleiben. Nach mehreren Jahren in der Duldung in Deutschland haben sie zudem entscheidende Entwicklungen in ihrer ur-sprünglichen Heimat verpasst und ein soziales Netz ist kaum noch vorhanden. Sie dann noch abzuschieben, wäre eine besondere Härte.

Der deutsche Staat verlangt von allen Flüchtlingen, dass sie gültige Pässe besitzen oder sich beschaffen. Dies hat auch das Bundesverwaltungsgericht bestätigt. Die Pässe sind notwendig, um eine Person eindeutig zu identifizieren.

Viele Flüchtlinge kommen ohne gültige Pässe oder mit gefälschten Pässen nach Deutschland. Ursachen hierfür sind z. B., dass ihnen Schleuser die Pässe abge-nommen haben oder gefälschte Pässe benutzt wurden, um das Heimatland sicher verlassen zu können. Viele dieser Flüchtlinge kommen der Passbeschaffungspflicht in Deutschland nicht nach. Die Gründe hierfür sind:

- Politisch aktive Personen haben Angst, in eine Botschaft oder ein Konsulat ih-res Heimatlandes zu gehen. Sie befürchten, dass sie festgehalten und von dort gegen ihren Willen in die Heimat transportiert werden.
- Politisch aktive Personen befürchten, dass ihr Aufenthaltsort in Deutschland den Behörden ihres Heimatlandes bekannt wird und sie an ihrem neuen Zu-fluchtsort bespitzelt oder bedroht werden. Es gibt auch Ängste vor Repression von Verwandten in der Heimat. So etwas kommt durchaus vor, wie es auch im Verfassungsschutzbericht für die Botschaften einiger Staaten beschrieben wird.
- Personen fürchten bei einer Rückkehr in ihr Heimatland um ihre körperliche Unversehrtheit durch Übergriffe von offiziellen Stellen.
- Manche Personen können das Geld, das sie für die Beschaffung der Pässe bezahlen müssten, nicht aufbringen.
- Manche Personen können auch bei den Botschaften oder Konsulaten ihres Heimatlandes nicht nachweisen, wer sie sind, und bekommen deshalb keine Papiere.

Die fehlende Bereitschaft zur Passbeschaffungspflicht wird von den deutschen Be-hörden mit Sanktionen bestraft. Trotzdem kommen die Betroffenen der Passbeschaf-fungspflicht vielfach nicht nach. Man kann deshalb argumentieren, dass sie zu ihrer prekären Lebenssituation selber beitragen. Man muss aber auch berücksichtigen, dass diese Menschen oft keine andere Möglichkeit sehen, einer drohenden Abschie-bung zu entgehen, als die Passbeschaffung zu verweigern.

In der Praxis haben sich drei Dinge gezeigt:

- Trotz der strengen Sanktionen kommen die meisten dieser Personen der Passbeschaffungspflicht nicht nach.
- Es werden auch Ausnahmen von der Passbeschaffungspflicht gemacht: Manche Personen müssen gar keinen Pass besorgen. Das ist dann der Fall, wenn später (manchmal Jahre später) noch ein Abschiebeschutz gewährt wird, weil die Bedrohung der Person in ihrem Heimatland doch noch anerkannt wurde.
- Viele Personen erklären sich bereit, das Risiko und die finanzielle Belastung einer Passbeschaffung auf sich zu nehmen, und kommen der Pflicht auch nach, wenn sie die schriftliche Bestätigung der deutschen Behörden haben, dass sie mit gültigen Pässen einen Aufenthalt bekommen.

Wenn wir für eine rigide Praxis der Anerkennung von Flüchtlingen sind, müssen wir die Flüchtlinge, denen kein Asyl oder Aufenthalt gewährt wird, auch rigoros abschieben. Dann dürfen wir aber auch vor der Tatsache nicht die Augen verschließen, dass wir unter Umständen Gefängnisaufenthalte, Folter und den Tod von Menschen in ihrer Heimat billigend in Kauf nehmen. Solche Fälle wurden bereits von Amnesty International dokumentiert und angeprangert.

Man kann auch den Standpunkt vertreten, dass der deutsche Staat sich nicht erpressen lassen darf. Das heißt, dass eine durch fehlende Pässe erzwungene Duldung streng sanktioniert werden muss. Diese Regelung wird aber zum einen von den Behörden selber unterlaufen. In Einzelfällen verzichten die Behörden ja auf die Passbeschaffungspflicht (s. o.) und der Flüchtling erhält einen Pass der Bundesrepublik Deutschland für Ausländer. Zum anderen gibt es diverse Fälle, in denen nach Jahren in einem erneuten Verfahren doch ein Aufenthalt oder sogar Asyl gewährt wurde. Die entsprechenden Personen können den Aufenthalt oder das Asyl aber nur erleben, weil sie sich durch eine erzwungene Duldung vor der Abschiebung in ihre Heimat retten konnten. Diese Tatsachen dürfen wir nicht außer Acht lassen.

Wir müssen uns der Problematik bewusst sein, dass es unter den Personen in einer erzwungenen Duldung auch solche gibt, die durch das Raster unseres Prüfungssystems gefallen und trotzdem in ihrer Heimat bedroht sind. Wir dürfen zudem nicht übersehen, dass den Flüchtlingen keine finanziellen Hilfen für einen Rechtsbeistand in Asylangelegenheiten gewährt wird. Das mindert natürlich die Erfolgchancen auf Asyl oder Aufenthalt in unserem Prüfungssystem. Sonst gibt es bei uns für nahezu jede rechtliche Angelegenheit Hilfen für Personen mit beschränkten finanziellen Mitteln. Warum werden ausgerechnet die Asyl- und Aufenthaltsangelegenheiten von solchen Regelungen ausgenommen?

Wir müssen auch konstatieren, dass die Flüchtlinge auf jeden Fall hierbleiben. Sie nehmen lieber die wirklich prekäre Lebenssituation in der Duldung für Jahre oder Jahrzehnte in Kauf, um den befürchteten Repressionen in der Heimat zu entgehen. Das kostet uns sehr viel Geld:

- Personen in einer erzwungenen Duldung dürfen nicht arbeiten.
- Geduldete Personen sind aufgrund der Sprachschwierigkeiten auf vielfältige Unterstützung von SozialarbeiterInnen und Behörden zur Erledigung ihrer All-

tagsangelegenheiten angewiesen. *(Dazu muss man wissen, dass in der Duldung keine finanzielle Unterstützung für Deutschkurse gewährt wird. Die Leistungen für geduldete Personen sind aber so gering, dass sie die Kurse nicht selber finanzieren können.)*

- Personen in einer erzwungenen Duldung werden keine prophylaktischen Gesundheitsmaßnahmen gewährt. Erkrankungen werden deshalb häufig spät erkannt und verursachen dann erheblich mehr Behandlungskosten als sonst üblich.
- Personen in der Duldung sind/werden häufig psychisch krank.
- Personen können nach einer längeren Zeit in der Duldung meistens aufgrund ihrer Erkrankungen und Sprachschwierigkeiten nicht mehr in den Arbeitsmarkt eingegliedert werden, wenn sie doch noch einen Aufenthalt bekommen.

Die Kommunen sind häufig jetzt schon personell und finanziell mit der Unterbringung und Betreuung solcher Menschen überlastet. Aufgrund des „Arabischen Frühlings“ und des Syrienkonflikts wird ein deutlicher Anstieg von Flüchtlingen erwartet. Das können die Kommunen ohne Unterstützung von Landes- und Bundesmitteln nicht leisten.

Insgesamt gesehen scheint es aus praktischen, humanitären und wirtschaftlichen Gründen sinnvoll, über Wege aus der Duldung nachzudenken. Denkbar wäre z. B., dass zunächst andere amtliche Dokumente wie ein Führerschein oder Ähnliches zur eindeutigen Identifizierung anerkannt und die Passbeschaffungspflicht aufgeschoben werden könnte. Auch wäre es sinnvoll, über die Möglichkeit kostenloser Darlehen zur Finanzierung von Pässen nachzudenken.

Es könnten den Flüchtlingen evtl. auch andere Auflagen erteilt oder Prüfungsmaßnahmen auferlegt werden, die bei Erfüllung zu einem Aufenthalt und damit einem Ausweg aus der oben beschriebenen Dilemmasituation führen könnten. Solche Maßnahmen könnten zum Beispiel sein:

- Erlernen der deutschen Sprache – dazu müssten allerdings finanzielle Hilfen gewährt werden.
- Bereitschaft, Berufe mit vielen offenen Stellen zu ergreifen oder sich dafür ausbilden zu lassen – z. B. AltenpflegerIn.
- Bereitschaft kostenlose Praktika zu absolvieren oder sich dafür zu bewerben – wenn Praktikumsplätze zur Verfügung stehen.
- Ehrenamtliches Engagement – wenn dazu die Möglichkeit besteht, z. B. in den Unterkünften oder Integrationsprojekten.

Bei diesen Überlegungen sollten wir auch Folgendes nicht außer Acht lassen:

- Viele Regelungen des Ausländergesetzes lassen den zuständigen Stellen Spielraum für Entscheidungen. Deshalb können Flüchtlinge mit ähnlichen Voraussetzungen ganz unterschiedlich behandelt werden.

- Bei diversen Regelungen im Ausländergesetz steht, dass bei einem besonderen Interesse des deutschen Staates an einer Person die Regelung außer Kraft gesetzt werden kann. Das heißt, dass schon im Gesetz Ausnahmen von vornherein vorgesehen sind.
- Deutschland ist ein Einwanderungsland. Es braucht Zuwanderer. Flüchtlinge möchten und müssen ein neues Leben beginnen. Sie haben dafür viel auf sich genommen. Bei frühzeitiger Förderung könnten die Flüchtlinge zu vollwertigen Mitgliedern unserer Gesellschaft werden und unsere Sozialsysteme stützen, anstatt sie zu belasten.

Für alle die Personen, die sich seit Jahren und Jahrzehnten in der Kettenduldung (*vielfache Verlängerung der Duldung über Jahre*) befinden, müsste aus humanitären Gründen ein Aufenthalt erteilt werden. Sie haben den Anschluss an die Lebenswirklichkeit und sozialen Netzwerke in dem Land, aus dem sie stammen, verloren. Sie können dort nicht wieder Fuß fassen.

Wie kontrovers die Behandlung von Flüchtlingen ausfällt, zeigt folgendes Beispiel: Für die meisten Behörden sind für die Erteilung eines Aufenthalts aus humanitären Gründen gute Deutschkenntnisse und eine erfolgreiche Integration wichtige Kriterien. Es gibt jedoch eine Ausländerbehörde, die gegen ein Urteil eines Gerichts in Berufung gegangen ist. Das Gericht hatte einer Familie einen Aufenthalt aus humanitären Gründen zugesprochen. Die Ausländerbehörde begründete ihre Berufung damit, dass die Familie, in der es schulpflichtige Kinder gab, sich absichtlich integriert hätte, nur um sich einen Aufenthalt zu erschleichen.

Das Leben in Asylbewerberheimen oder Unterkünften für geduldete Personen

Waren Sie schon einmal als einfacher Besucher in einem Asylbewerberheim oder einer Sozialunterkunft? Haben Sie im Herbst 2012 die Dokumentation der ARD über den Selbstversuch, 4 Wochen in einem Asylbewerberheim unter den gleichen Bedingungen zu leben wie Asylbewerber, gesehen? Haben Sie sich schon einmal intensiv mit Asylbewerbern oder geduldeten Personen über ihre Lebenssituation unterhalten?

Das Leben von Asylbewerbern und Personen in der Duldung wird meist geprägt durch:

- Unverarbeitete Traumata durch die Erlebnisse in der Heimat und während der Flucht
- Drangvolle Enge in den Unterkünften, u. U. auch eine Mehrbettbelegung in einem Raum
- Fehlende Privatsphäre
- Aufeinanderprallen von unterschiedlichen Kulturen auf engstem Raum

- Sprachlosigkeit gegenüber den Mitbewohnern und Deutschen aufgrund von fehlenden Deutschkenntnissen
- Spannungen zwischen den Bewohnern, die zu Ausbrüchen von Aggressivität und Gewalt führen wie z. B. der Konflikt am 14.3.2013 im Asylbewerberheim in Kirchheim, der ein Todesopfer forderte
- Fehlende Kontaktmöglichkeiten zu Deutschen
- Fehlendes Wissen über den Alltag in Deutschland
- Langeweile sowie das Gefühl, hilflos und überflüssig zu sein
- Äußerst beschränkte finanzielle Mittel, die oft nicht einmal die Fahrtkosten zu notwendigen ärztlichen Behandlungsterminen decken
- Perspektivlosigkeit und Zukunftsängste
- Psychische und körperliche Erkrankungen

Die Lebenssituation ist so belastend, dass viele Flüchtlinge nach einiger Zeit nicht mehr in der Lage sind, sich zu integrieren, geschweige denn für ihren Lebensunterhalt selber aufzukommen.

Um unnötig hohe Kosten zu vermeiden, wären folgende Maßnahmen sinnvoll:

- Sofortiges und intensives Erlernen der deutschen Sprache, damit die Möglichkeiten zu Kontakten, der Erledigung der eigenen Angelegenheiten und zu einem Job eröffnet werden sowie der Schulbesuch von Kindern erleichtert wird
- Schaffen von sinnvollen Beschäftigungsangeboten und Kontaktmöglichkeiten zu Deutschen
- Unterstützung bei notwendiger Mobilität, z. B. durch Zuschüsse für öffentliche Verkehrsmittel oder Bereitstellung eines gebrauchten Fahrrads
- Ermöglichen einer Beschäftigung oder einer Arbeit, z. B. eines Praktikums, eines 1-Euro-Jobs oder eines 400-Euro-Jobs

Solche Maßnahmen würden aber auch den Grundstein für eine gute Zukunftsperspektive für streng konservativ-muslimische Flüchtlinge legen. Solche Flüchtlinge werden in Zukunft vermehrt zu uns kommen und können u. U. der deutschen Gesellschaft große Schwierigkeiten bereiten (s. o.). Ein weiterer wichtiger Grund für die Einführung solcher Maßnahmen ist: Je mehr Probleme es bei der Integration von Flüchtlingen gibt, umso mehr wird auch der Boden für rechtsradikale Ideen geebnet. Dies zeigt auch das bereits erwähnte Beispiel der Messerstecherei im Asylbewerberheim in Kirchheim vom 14.3.2013: Bereits zwei Tage später kursierten Flugblätter mit rechtsradikalem Inhalt auf den Fildern und eine Internetseite dieser Gruppe verbreitete ausländerfeindliches Gedankengut. Dies alles führt u. U. zu Konfrontationen zwischen islamistisch und rechtsradikal Gesinnten, deren Auswirkungen wir durch Angriffe und einen Anschlag in Nordrheinwestfalen bereits gesehen haben.

Flüchtlinge aus den osteuropäischen EU-Staaten

In letzter Zeit kommen zunehmend mehr Personen aus Rumänien und Bulgarien nach Deutschland und stellen Asylanträge. Ihnen kann von deutscher Seite kein Asyl gewährt werden, weil die Rechtsstaatlichkeit von Rumänien und Bulgarien mit dem Beitritt in die EU faktisch anerkannt wurde. Trotzdem können wir die Gründe, aus denen diese Personen zu uns kommen, nicht ignorieren. Viele dieser Menschen leben in ihrer Heimat unter prekären Bedingungen. Die Politik hat es nicht geschafft, die Lebensbedingungen für diese Menschen in ihrer Heimat akzeptabel zu gestalten. Daran muss selbstverständlich gearbeitet werden.

Wenn die Deutschen das Gefühl haben oder ihnen immer wieder polemisch gesagt wird, dass kriminelle MigrantInnen ihre Gesellschaft und ihren Wohlstand bedrohen, wird das fatale Folgen haben.

Genauso müssen aber sinnvolle Regelungen für den Umgang mit den Personen, die von dort in unser Land kommen, geschaffen werden. Sie können ohne Visum einreisen und werden dies auch weiterhin tun. Bald tritt die Freizügigkeitsregel auch für die rumänischen und bulgarischen Staatsbürger innerhalb der gesamten EU in Kraft. Dadurch wird sich das Problem zunehmend

verschärfen. Neue Regelungen sind umso dringlicher, gerade weil es aus diesem Personenkreis heraus leider auch kriminelle Aktivitäten gibt.

Wenn die Deutschen das Gefühl haben oder ihnen immer wieder polemisch gesagt wird, dass kriminelle MigrantInnen ihre Gesellschaft und ihren Wohlstand bedrohen, wird das fatale Folgen haben: Eine feindliche Stimmung gegenüber MigrantInnen wird sich entwickeln und verstärken. Sie wird sämtliche Bemühungen und Erfolge der Integrationspolitik zunichtemachen. Das sollten und können wir uns nicht leisten, schon gar nicht in unserer alternden Gesellschaft.

Anhang

Praktische Ideen zur Integration

In der folgenden Übersicht sind die Ideen aus „Miteinander für Deutschland“ und weitere Anregungen zusammengestellt. Sie zeigen nur beispielhaft, was getan werden kann, denn es gibt natürlich viele weitere interessante Ideen und andere werden im Laufe der Zeit hinzukommen.

Für einige Anregungen muss Geld ausgegeben werden. Viele der Ideen kosten aber nur wenig, andere lassen sich in Zusammenarbeit von Haupt- und Ehrenamtlichen in den Kommunen relativ einfach verwirklichen.

Für MigrantInnen allgemein

Die Politiker

- Offenes Bekenntnis zu den MigrantInnen und der Rolle, die sie in unserer Gesellschaft spielen
- Definition, was man in Deutschland unter Integration und Integrationsmaßnahmen versteht
- Definition und Klarstellung der Dinge, die der deutsche Staat von all seinen BürgerInnen, also auch den MigrantInnen, erwartet
- Klarstellung, dass MigrantInnen hier nicht einfach die Sozialleistungen kassieren und Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen können, sondern Erklärung der tatsächlichen Verhältnisse (*z. B. Informationen über die Voraussetzungen, die für den Erhalt der Sozialleistungen gelten und aufgrund derer viele MigrantInnen gar keine Leistungen erhalten, und die Erklärung der Nachrangigkeit auf dem Arbeitsmarkt, die für viele MigrantInnen gilt*)
- Verzicht auf polemische Äußerungen über MigrantInnen
- Kontakt auch zu Personen, die an der Basis viel mit MigrantInnen arbeiten, sowie mit MigrantInnen von der Basis und nicht nur mit den Köpfen der MigrantInnenverbände; nur so kann man die beschlossenen Maßnahmen an die tatsächlichen Bedürfnisse anpassen und die MigrantInnen dort abholen, wo sie wirklich stehen
- Bereitstellung von Geldern für mehr SozialarbeiterInnen (vor allem mit Migrationshintergrund) an Brennpunktschulen, für mehr Personal in Beratungsstellen und Frauenhäusern
- Bereitstellung von Geldern, damit Kinder in der Schule besser nach ihren individuellen Fähigkeiten gefördert werden können
- Ideen entwickeln und Rahmenbedingungen dafür schaffen, wie noch mehr MigrantInnen besser Deutsch lernen können bzw. das Erlernete nicht wieder vergessen
- Ideen und Rahmenbedingungen für Informationsmöglichkeiten von MigrantInnen über die unausgesprochenen Regeln schaffen, die es in Deutschland gibt

- Vereinfachung des Verfahrens der Anerkennung von ausländischen Abschlüssen und das Angebot von passenden Qualifizierungsmaßnahmen zur schnellen Eingliederung in den Arbeitsmarkt
- Kommunales Wahlrecht für alle BürgerInnen, die einen bestimmten Zeitraum in einer Gemeinde wohnen
- Einführung der doppelten Staatsbürgerschaft oder genaue Erklärung der Gründe, warum man diese nicht einführt
- Auf lange Sicht Veränderung auf dem Wohnungsmarkt anstreben, damit MigrantInnen nicht in abbruchreifen Häusern wohnen müssen
- Rahmenbedingungen für Veränderungen in den Verwaltungen schaffen
- Werbung fürs Bürgerengagement

Die Verwaltung, das Bildungssystem

Verwaltung

- Klare Regeln zum respektvollen Umgang mit allen Klienten/Kunden definieren und vorgeben sowie Schulungen dazu durchführen und ein entsprechendes Beschwerdeverfahren und –management einführen
- Klare Verfahrensregeln für Vorgänge schaffen, sodass MigrantInnen und Flüchtlinge nicht mehr zwischen zwei Stellen hin und her geschoben werden können (*Beispiel aus der derzeitigen Praxis: Streichung von Leistungen um den Betrag des Kindergelds für ein Kind in der Duldung, obwohl klar ist, dass das Kindergeld nicht bewilligt werden kann, weil die Voraussetzungen dafür nicht erfüllt sind*)
- Vereinfachung von Formularen oder Erstellung von einfachen Ausfüllhilfen, die man auch mit geringen Deutschkenntnissen verstehen kann
- Informationsbroschüren zu wichtigen Themen vermehrt in verschiedenen Sprachen oder in einfachem Deutsch gut strukturiert schreiben
- Schaffung der personellen und finanziellen Rahmenbedingungen in den Gemeinden, sodass ein umfangreiches Bürgerengagement stattfinden kann (*oft fehlt sogar sehr engagierten Hauptamtlichen schon die Zeit, sich neue Ideen und Projekte von Ehrenamtlichen vorstellen zu lassen, geschweige denn, die organisatorischen Voraussetzungen dafür bereitzustellen*)
- Professionelle, kooperative und gleichberechtigte Zusammenarbeit der Hauptamtlichen und Ehrenamtlichen
- Werbung fürs Bürgerengagement, insbesondere auch bei SchülerInnen, damit Bürgerengagement zum festen Bestandteil des bürgerlichen Lebens wird

Kindertagesstätten und Schulen

- Kindertagesstätten und Schulen müssten klar angewiesen werden, mehr mit den Migranteneitern zu kommunizieren, um ihnen Dinge zu erklären, z. B. die Erziehungsziele und Bildungsaufträge
- Einfache Formulierung von Elternbriefen in Kindertagesstätten und Schulen sowie persönliche Ansprache der Eltern, um bestimmte Angelegenheiten zu erklären; dafür könnten auch Musterbriefe erarbeitet und zur Verfügung gestellt werden (*Beispiel aus der derzeitigen Praxis: Fast alle Migranteneitern*

haben ihr Kind auf den ersten Ausflug, bei dem „ein Vesper“ mitgenommen werden sollte, ohne etwas zu essen geschickt, weil sie dieses Wort nicht kannten.)

- Elternabende in einfacher Sprache abhalten, damit sie von möglichst allen Eltern verstanden werden
- In Kindertagesstätten und Schulen müsste konsequent darauf geachtet werden, dass bei Gruppenarbeit und bei der Bildung von Mannschaften deutsche Kinder und Migrantenkinder zusammenarbeiten müssen
- In Ganztagschulen Angebot eines breiteren Spektrums von Beschäftigungsangeboten, um die individuellen Fähigkeiten der Kinder besser zu fördern

Sonstige Bildungseinrichtungen

- Öffnung der Musikschulen auch für Kinder aus Familien mit beschränkten finanziellen Mitteln, weil das Teilhabepaket die tatsächlich entstehenden Kosten nicht auffängt
- In den Integrationskursen immer wieder Praxistipps geben, wie, wo oder was man in der Gemeinde finden oder tun kann

Das Bürgerengagement

- Bereitschaft von Unternehmen, Praktika anzubieten oder MigrantInnen besonders während der Einarbeitungsphase oder einer Ausbildung zu unterstützen
- Mitarbeit in bestehenden Projekten
- Initiierung von neuen Projekten wie:
 - o Patenschaftsprojekten vom Säugling bis zum Berufseinstieg
 - o Schülerpatenschaften: Jede(r) GymnasiastIn kümmert sich um eine(n) SchülerIn von einer Hauptschule, Werkrealschule, Realschule oder eine(n) andere(n) GymnasiastIn; RealschülerInnen könnten sich um GrundschülerInnen kümmern
 - o SchülerInnen mit guten Computerkenntnissen unterstützen andere SchülerInnen beim Lernen, wie man mit dem PC umgeht
 - o Bildung von Schülertandems in der Grundschule: Ein(e) deutsche(r) SchülerIn macht öfter Hausaufgaben zusammen mit eine(r)m SchülerIn oder zwei SchülerInnen mit Migrationshintergrund
 - o Weitere Öffnung der Sportvereine und auch aller anderen Vereine gegenüber MigrantInnen, gerade auch für solche MigrantInnen mit geringen finanziellen Mitteln
 - o „Konversationsprojekte“, d. h. Projekte, in denen man die deutsche Sprache praktizieren kann, auch wenn man sonst nur wenig Kontakt zu Deutschen hat
 - o Netzwerke für Frauen und Netzwerke für Männer, in denen man sich kennenlernen, zusammen etwas unternehmen und so im Laufe der Zeit eigene soziale Netzwerke außerhalb seines gewohnten Umfelds knüpfen kann
 - o Bewusst auf eine Einbeziehung von MigrantInnen in Krabbel- und Kindergruppen achten sowie intensiv Werbung bei MigrantInnen für diese Gruppen machen.

- Schaffung von Treffen oder anderen persönlichen Kontaktmöglichkeiten, bei denen man Kontaktpersonen aus Selbsthilfegruppen kennenlernen kann, die Hilfestellung beim Umgang mit bestimmten Krankheiten bieten können
- Führungen durch Ämter, kostenlose Schnupperstunden bei Vereinen oder der VHS, um Hemmschwellen abzubauen
- Kostenlose Informationsveranstaltungen in einfachem Deutsch zu Themen wie Schule, Bildung, aber auch Gesundheit, Mietrecht, Kundenrechte usw.
- Intensive Werbung der Migrantenvereine für Besuche von Deutschen bei ihren Veranstaltungen
- Kostenlose Angebote von Migrantenvereinen für Deutsche, z. B. über die türkische oder griechische Küche, Sprachkurse für Deutsche, Informationsveranstaltungen über die Kultur der entsprechenden Länder, Musik- und Tanzveranstaltungen
- Häufiger als zurzeit Einladung von Deutschen zu Festen von MigrantInnen

Für Flüchtlinge

Die Politiker

- Duldungen über 2 bis 3 Jahre müssten in einen Aufenthalt münden, um die Kettenduldungen abzuschaffen
- Schaffung der Möglichkeit zum Deutschlernen
- Fahrtkostenzuschüsse für wichtige Angelegenheiten, z. B. zu notwendigen Arztbesuchen und Deutschkursen
- Arbeitserlaubnis, während der Asylantrag läuft, und in der Duldung, zumindest für einen 1-Euro-Job
- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten für den Umgang von Personen, die aus den osteuropäischen EU-Ländern zu uns kommen

Die Verwaltung in Zusammenarbeit mit dem Bürgerengagement

- Hilfe zur Mobilität: Bereitstellung von gebrauchten Fahrrädern und Hilfe beim Lernen des Fahrradfahrens und der wichtigsten Verkehrsregeln
- Unterstützung der Kontaktaufnahme mit Deutschen
- Unterstützung bei der Schaffung sinnvoller Beschäftigungsmöglichkeiten, z. B. Organisieren von regelmäßigen Treffen von Flüchtlingen mit anderen MigrantInnen und Deutschen, Vermittlung von ehrenamtlichen Tätigkeiten, Schaffung von Projekten zur Hilfe untereinander wie z. B. das Reparieren und die Wartung von Fahrrädern
- Unterstützung beim Deutschlernen
- Informationsveranstaltungen in den Unterkünften, über das, was in Deutschland wichtig ist, z. B. Heizen und Lüften, Stromsparen, Beschriften von Umschlägen, wichtige Behördengänge usw.